

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 157 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 2/2008 · VOM 8. FEBRUAR 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | »Realität endlich
anerkennen«
B90/Grüne zum Flugplatz Finow

7 | Landtag mißachtet
Bürgerwillen
Sozialticket-Volkinitiative beerdigt

12 | Bedingungsloses
Grundeinkommen oder –
Arbeitszeitverkürzung + Mindestlohn

Bürgerentscheid zur Stadtwerke-Privatisierung

Am 27. Januar fand der Bürgerentscheid über die Privatisierung der Stadtwerke statt. Allerdings nicht in Eberswalde, wo das Thema längst über die Bühne gegangen ist, sondern in Leipzig. Dort gibt es eine Bürgerinitiative gegen den Verkauf der Stadtwerke. In einem Bürgerbegehren haben 42.000 Leipziger mit ihrer Unterschrift gegen die Verkaufspläne von Oberbürgermeister Jung votiert. Der erhoffte sich einen »Befreiungsschlag«, um die aktuelle Verschuldung von 900 Millionen Euro um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Allerdings verliert die Stadt dann auch den Anspruch auf 20 Millionen jährlicher Gewinne, mit denen in Leipzig die Defizite der Verkehrsbetriebe ausgeglichen werden. Wie dieser Verlustausgleich nach einer Privatisierung finanziert werden soll, darüber blieb der Leipziger Oberbürgermeister die Antwort schuldig.

Die Parallelen sind frappierend. In Eberswalde gelang es, durch die Erlöse aus dem Stadtwerkeverkauf mit einem »Befreiungsschlag« das Schuldenproblem loszuwerden. Leider fehlen jetzt die Einnahmen, um die Defizite der Schwimmhalle auszugleichen, die ursprünglich aus den Stadtwerkegewinnen finanziert werden sollten.

Ein paar Unterschiede zu Leipzig gibt es allerdings. Positiv ist sicher, daß nach dem Schuldenausgleich noch ein paar Milliönchen übrig blieben. Das Defizitproblem der Schwimmhalle kann so auf das Jahr 2017 hinausgeschoben werden. Der zweite Unterschied liegt darin, daß in Leipzig die Privatisierungspläne öffentlich diskutiert wurden. In Eberswalde wurde per Tischvorlage in einer überraschend einberufenen Gesellschafterversammlung über den Verkauf entschieden. Stadtverordnete und Bürger wurden überfahren. Als sich eine Bürgerinitiative gegen den Verkauf in Ansätzen herausgebildet hatte, waren schon alle Messen gesungen. Die Kommunalaufsicht charakterisierte im Nachhinein das Verfahren als rechtswidrig. Gegen die Käufer und deren leitende Mitarbeiter wurde ein Strafverfahren wegen Bestechung gegen Zahlung eines erheblichen Strafgeldes eingestellt. Von einer Rückabwicklung des Verkaufs ist keine Rede. Nicht einmal von einer Überprüfung des Kaufpreises für die offensichtlich weit unter Wert verkauften Stadtwerkeanteile.

Gegenstand des Leipziger Bürgerentscheids war folgende Fragestellung, über die mit Ja oder mit Nein abzustimmen war: »Sind Sie dafür, daß die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100 % in kommunalem Eigentum ver-

bleiben?« Bei einer Beteiligung von 41 Prozent, das sind sechs Prozentpunkte mehr als zur Oberbürgermeisterwahl 2006 und zweieinhalb mehr als zur Kommunalwahl 2004, stimmten 87,4 Prozent mit Ja.

In Leipzig wurde die Privatisierung der Stadtwerke durch die Bürgerschaft abgelehnt. Wie wäre das wohl in Eberswalde ausgegangen?

Besonders bemerkenswert: Die konkrete Abstimmung über eine kommunalpolitisch wichtige Frage mobilisierte mehr Leipzigerinnen und Leipziger, als die Wahlen zum Stadtrat und zum Oberbürgermeister.

GERD MARKMANN



Die Hoffnung in Eberswalde ist wieder da

Seit Dezember hat Eberswalde die »Hoffnung« wieder. Am Altar der Maria-Magdalenen-Kirche fehlte diese Figur seit einem nie aufgeklärten Kunstdiebstahl, der vor ca. 30 Jahren geschah. Nach alten Photos gestaltete der Friedrichswalder Künstler Lutz Kittler die Figur nun mit viel Liebe neu. Die sogenannten Allegorischen Figuren stellen eigentlich abstrakte Begriffe durch Personen dar. Besonders beliebt war diese Herangehensweise in der Barockzeit. Am Altar der Maria-Magdalenen-Kirche gibt es eine Allegorie der drei Grundtugenden in christlicher Tradition, die so beim Apostel Paulus genannt werden: »Nun aber bleiben Glaube, Liebe, Hoffnung diese drei, die Liebe aber ist die größte unter ihnen« (1. Korintherbrief 13,13). Am Altar steht am linken Rand die Figur »Glaube«

mit dem Kreuz. In der Altarmitte ist das Kreuz von Jesus Christus dargestellt, daß die Liebe Gottes verkörpert. Christen sollen sich seine Liebe zum Vorbild nehmen. Am rechten Altarrand findet sich nun wieder neu die Figur »Hoffnung« im grünen Gewand mit dem Anker als prägendes Sinnbild, da Christen sich im Leben und im Sterben an der Hoffnung auf Gottes Liebe festhalten dürfen.

Die anfallenden Kosten stiftete ein vor wenigen Monaten verstorbene Gemeindeglied, und ermöglichte so die Komplettierung der Figurengruppe. Er selbst hat leider nur die noch unbemalte Rohfassung und nicht mehr das vollendete Werk sehen können.

HANNS-PETER GIERING

Verwaltung nicht im Griff?

Alles ist in Bewegung, so auch die Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Ein neuer Landesentwicklungsplan LEP BB soll den alten LEP GR ablösen. Das Prinzip der dezentralen Konzentration ist wirkungslos geblieben, jetzt heißt es, die Stärken zu stärken und es gibt kein öffentliches Interesse mehr für neue Flughäfen in Brandenburg.

Für den Flugplatz Finow lautete das alte Planungsangebot maximal 20 t bei strahlgetriebenen und 30 t bei Propellerflugzeugen. Die jetzigen Flughafenentwickler nahmen dieses Angebot nicht an und beantragten einen Verkehrsflughafen mit Tag- und Nachtflug für große Flieger und 2,2 Millionen Passagiere.

Flughafenplanungen sind Landesrecht, im konkreten Fall, der beiden Länder Berlin und Brandenburg. Beide Länder geben dem Schutz der Bevölkerung Vorrang und wollen keine weiteren großflächigen Verlärmungen durch neue Flughäfen. Der Flugverkehr konzentriert sich auf den BBI. Klar und logisch für jeden Bürger, nicht aber für den Bürgermeister Boginski. In der Stellungnahme der Stadt Eberswalde zum neuen LEP BB fordert Boginski die Aufnahme des Regionalflughafen Eberswalde-Finow als Ergänzungsflyghafen für Linien und Pauschalreiseverkehr zum BBI und übernimmt bedenkenlos die Unternehmensvorstellungen.

Boginski ist in seinem Schreiben nicht kleinlich mit Zahlen und sieht das Vorhaben noch im Rahmen des LEP GR mit 85 Tonnen als »entwickelt« an. Zu Zeiten der Pferdemarkte sagte man dazu »Rößtäuscherei« Die Stadt betrachtete ihr Schreiben als »ein Geschäft der laufenden Verwaltung«. Mitsprache der Abgeordneten ist nicht erwünscht.

Im Raumordnungsverfahren haben sich deshalb 1200 verantwortungsbewußte Bürger mit ihren Bedenken gegen den Flugplatzausbau direkt an die gemeinsame Landesplanungsabteilung gewandt. Die Unfähigkeit der Stadtverwaltung, eine eigne plausible Stellung zum ROV einzubringen, ging in der StVV am 24. Januar soweit, daß sich der Baudezernent Dr. Prüger mit dem anwesenden Antragsteller konsultierte. Das alles hinterließ den Eindruck das Boginski seine Verwaltung nicht im Griff hat und diese im Sinne der Flughafenunternehmer agierte. Im Stadtteil Finow gibt es eine selbstbewußte Bürgerschaft und einen von den Bürgern gewählten Ortsbürgermeister. Der trägt die den Ortsteil betreffende Angelegenheiten in die StVV zur Entscheidungsfindung.

Für die skandalöse Anmaßung des Stadtverordnetenvorstehers Köhle, die gerade begonnene Rede des Ortsbürgermeisters in einer für uns Finower Bürgern so wichtigen Angelegenheit abbrechen, fordere ich eine öffentliche Entschuldigung von Herrn Köhle.

Ich erwarte weiterhin, den Beschluß »Stellungnahme der Stadt zum ROV Regionalflughafen Eberswalde-Finow als rechtswidrig zustande gekommen zurückzunehmen.

THOMAS GILLES

Profitmaximierung im Walzwerk

Die Kündigung der Tarifverträge und die Versetzung von Mitarbeitern aus dem Walzwerk zum Stawa Metallbau – und dies zudem ohne Rücksprache mit der IG Metall, verurteile ich scharf. Die regionale Politik, aber auch die Landtagsabgeordneten und die ansässigen Wahlkreiskandidaten des Deutschen Bundestages dürfen zu den Vorgängen nicht länger schweigen, sondern sollten sich so schnell wie möglich einmischen.

Das vorgeschobene Argument des Geschäftsführenden Gesellschafters Patrick von Hertzberg, daß das Unternehmen gezwungen sei, sich den »Marktrealitäten« zu stellen, beinhaltet eine ordentliche Portion Zynismus. Das Walzwerk Finow hat in den letzten Jahren vor dem Hintergrund des konjunkturellen Auf-

schwungs gut verdient. Bei dem, was von Hertzberg jetzt anstrebt, geht es nicht um das Überleben der Firma, sondern nur wieder mal um Profitmaximierung. Nokia läßt grüßen!

Es kann aber nicht angehen, daß im Barnim zunehmend Tatsachen im Niedriglohnbereich geschaffen werden. Die gute Arbeit der Mitarbeiter des Walzwerkes muß auch anständig bezahlt und damit gewürdigt werden. Alles andere ist sozial verantwortungslos, unredlich und ein fatales Signal für die hier lebenden Menschen und die zukünftige Entwicklung der Barnimer Region. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, wenn es Nachahmer finden sollte.

Dr. ANDREAS STEINER,
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD-Barnim (AfA Barnim)

Linke stehen zu ihrem Wort

Wie auf dem letzten Kreistag angekündigt wird auf der nächsten Sitzung am 20. Februar das Thema Sozialticket wieder auf der Tagesordnung stehen. Für den Fall, daß das Land seine Verantwortung nicht wahrnimmt und SPD/CDU diesen Antrag ablehnen, hatte ich als Fraktionsvorsitzende erklärt, daß dann im Kreis über das Sozialticket entschieden werden muß. So ist es nur folgerichtig, daß sich DIE LINKEN dem Antrag von B90/Grünegeschlossen haben und wir nun gemeinsam fordern: »Der Kreistag Barnim beschließt, ab dem 1. Juli 2008 im Landkreis Barnim ein Sozialticket einzuführen. Das Sozialticket erhalten Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) sowie Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Sozialticket gilt

für alle Buslinien der Barnimer Busgesellschaft (BVG) innerhalb des Landkreises Barnim einschließlich der Zubringer zu den Berliner S-Bahnhöfen. Es berechtigt zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tageskarten, 7-Tageskarten und Monatskarten zu 50 % des Normalpreises. Das Sozialticket ist personengebunden und wird auf Antrag ausgestellt.«

Ich gehe davon aus, nachdem Landesregierung und SPD-Fraktionsvorsitzender Baaske sowie seine Sozialpolitische Sprecherin Lehmann wiederholt erklärten, daß dies eine von Landkreisen zu beschließende Leistung sei, daß die notwendigen Mehrheiten im Kreistag zustande kommen. Alles andere wäre bewußte und vorsätzliche Täuschung der Bürgerinnen und Bürger.

MARGITTA MÄCHTIG

Eberswalde und die Fachhochschule

Gemeinsame Presseerklärung von Stadtverwaltung und FH

Zu einem Statustreffen kamen die Führungsgremien von Stadtverwaltung und Fachhochschule Eberswalde am 23.1.2008 im Rathaus zusammen. Aktueller Anlaß war eine erste Bilanz des am 9. Juni 2007 geschlossenen Kooperationsvertrages zwischen beiden Einrichtungen. Und: sie fiel absolut positiv aus. Denn die Zusammenarbeit ist sehr facettenreich, umfaßt rund 30 Projekte bzw. Kontakte, die innerhalb des vergangenen halben Jahres entstanden. Zur Palette gehören u.a. konkrete studentische Diplomarbeiten- und Projektthemen, die von der Stadt vorgeschlagen und zum Teil betreut werden. Vorlesungen, fachspezifisch von Mitarbeitern des Rathauses und umgekehrte Gasthörer-schaften zur Weiterbildung des Stadtpersonals, Zusammenarbeit mit Kitas, speziell der Ausbau der hochschulnahen Wald-Kindergruppe. Potential wird noch vor allem bei gemeinsamen Marketing-Aktivitäten, dem Nutzen der Erfahrungen der FH im Umweltmana-

gement für das städtische Liegenschaftsmanagement oder die Kooperation bei der Personalentwicklung in beiden Einrichtungen.

»Die beliebten Begrüßungsfeste auf dem Markt haben schon Tradition, und das wird auch so bleiben«, bestätigt Bürgermeister Friedhelm Boginski. »Besonders erfreulich ist auch, daß immer mehr Studenten ihren Hauptwohnsitz nach Eberswalde verlegen – wir brauchen junge Leute!« Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson betonte: »Eberswalde ist auf dem besten Weg, ein echte Studententadt zu werden. Die Bedingungen für Studium, Wohnen und Freizeit sind hier einfach optimal!«

Eberswaldes neues Stadtfest »FinE« (Fest in Eberswalde) wird übrigens gemeinsam mit dem Tag der offenen Tür der Fachhochschule und dem Straßenfest des Stadtbummel e.V. am 7. Juni 2008 starten. Und, ganz familienfreundlich, lädt die Stadt dazu alle Eltern der Studenten nach Eberswalde ein.

BRITTA STÖWE und JULIANE WITTIG

Gäste sind mit der StVV unzufrieden – wissen jetzt aber über den Stadtwald Bescheid

Eberswalde (at). Am 24. Januar beschloß die Stadtverordnetenversammlung über die städtische Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren Flugplatz Eberswalde-Finow. Eine Sitzung, die die Wähler nachdenklich machen muß. Kenner der kommunalpolitischen Szene haben in der jüngeren Vergangenheit manche positive Tendenz im demokratischen Gebahren der StVV festgestellt. Sie haben jetzt allen Grund, ihre Bewertungen zu überprüfen. Hier zunächst das Ergebnis der Abstimmung über die Stellungnahme der Stadt zum ROV Flugplatz: 17 Stimmen für die Vorlage, 14 dagegen und 2 Enthaltungen. Damit sprach sich die StVV für einen Ausbau des Verkehrslandeplatzes Finow zum Regionalflyghafen aus.

Einwohnerfragen

Vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung hatten sich etwa fünfzig Menschen versammelt, um die Stadtverordneten zur Ablehnung des Flugplatzausbaus aufzufordern. Auf einem an die Stadtverordneten verteilten Flugblatt waren die wichtigsten Argumente kontra ROV aufgelistet. Kaum einer der Abgeordneten nahm Gelegenheit wahr, mit den Demonstranten zu sprechen. Einige wollten nicht einmal das Flugblatt annehmen. Eine Demonstration demokratischen Verständnisses.

Von der vollen Zuschauertribüne nahmen neun Einwohner zum Thema Flugplatzausbau Stellung. Zwei von ihnen kritisierten nebenbei den fehlenden Blickkontakt zwischen Einwohnern und Abgeordneten. Man könne nicht einmal erkennen, wie abgestimmt wird!

Die Einwohnerfragen bereiteten den Boden für die Diskussion der Vorlage. Obwohl viele fundierte Fragen gestellt und sachlich begründete Stellungnahmen geäußert wurden, bekam kaum einer eine befriedigende Antwort. Sie spiegelten sich auch in der Debatte der Abgeordneten ungenügend wider. Einer der Einwohner hatte seine Meinungsäußerung wohl etwas zu lange ausgedehnt und wurde sogleich vom Vorsitzenden gedrängt, endlich seine Frage zu stellen. Bis zur Debatte über die Stellungnahme der Stadt mußten sich die Bürger in Geduld üben. Neben dem üblichen Prozedere der Protokollbestätigung, der Berichte aus den Ausschüssen und aus der Verwaltung durften sich die Zuhörer eine Dreiviertelstunde über die Situation des Stadtwaldes informieren. Aber ehe es dann zur Sache ging, verdienten die Stadtverordneten erst einmal eine Pause und eine Stärkung mit Speisen und Getränken.

Dann endlich folgte der Punkt, dessentwegen die Einwohner zur StVV gekommen waren. In der Dezembersitzung war der die Einwohner besonders interessierende Punkt (Müllverbrennungsanlage) vorgezogen worden. Dieser positive Ansatz fand in dieser Sitzung leider keine Fortsetzung.

Unterbrochene Anhörung

In der Sitzung des Ausschusses Bau, Planung und Umwelt zum Flugplatzausbau hatte es keine Debatte gegeben. Dementsprechend mußte die StVV Raum bieten für eine Fachdiskussion, die üblicherweise in die Ausschüsse gehört. Aber auch das war wohl nicht geplant. Unter den ersten Wortmeldungen war auch der Orts-



Gegner eines Ausbaus des Flugplatzes machten vor der StVV-Sitzung auf die Folgen eines Tag und Nacht betriebenen Regionalflyghafens aufmerksam.

bürgermeister von Finow, der von seinem Recht auf Anhörung Gebrauch machen wollte. Vor ihm erhielten aber erst drei Abgeordnete das Wort. Als Ortsbürgermeister Triller dann sprach, hielt es der Vorsitzende Köhle nach drei Minuten für gerechtfertigt, die Anhörung zu unterbrechen und auf Beendigung der Rede zu drängen. Auf die Gegenfrage, auf welcher Rechtsgrundlage er die Ausführungen zeitlich begrenzen wolle, erklärte er, daß er keine nennen könne oder wolle, aber trotzdem erwarte, daß die Ausführungen beendet werden. Triller beendete die Ausführungen, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß es zur Rechtswidrigkeit des zu fassenden Beschlusses führen würde, wenn der Ortsbürgermeister nicht angehört wurde. Für den Vorsitzenden war das kein Grund, seine Forderung nach Beendigung der Ausführungen zu überdenken.

Offener Lobbyismus

Danach, und insbesondere nach Fragen und Änderungsanträgen des Abgeordneten Markmann, unterstützt von den Abgeordneten Fennert und Dr. Martens, kam es im folgenden zu einer etwas lebhafteren Debatte, der die Verwaltung relativ ratlos gegenüber stand. Um die etwaigen Folgen eines Änderungsantrages beurteilen zu können, verließ Baudezernent Dr. Prüger sogar den Tagungsraum, um die auf der Zuschauertribüne anwesenden Vertreter des Investors zu konsultieren. Anschließend teilte er das Ergebnis der Konsultation den Abgeordneten mit. Er ignorierte damit – mit Duldung durch den Vorsitzenden der StVV – die der Stadtverwaltung gebotene Neutralität. Grundlage der Entscheidung der StVV durften nur die Unterlagen des ROV sein.

Meinungswandel der Linken

Nachdem 3 Änderungsanträge abgearbeitet waren, wurde über die Stellungnahme der Stadt zum Raumordnungsverfahren abgestimmt. Nach zwei offenen Abstimmungen, bei denen der Vorsitzende Zählfehler vermutete, erfolgte dann eine geheime Abstimmung, die eine knappe Mehrheit für die Stellungnahme erbrachte. Das Abstimmungsergebnis überraschte dann doch etwas, nachdem im Bauausschuss nur 2 (Grüne und AfW) von 9 Abgeordneten gegen die Vorlage votiert hatten. Offensichtlich hatte die Fraktion Die Linke einen Meinungswandel vollzogen. Das ist besonders bemerkenswert angesichts der Tatsache, daß nur wenige Tage zuvor das Linke-Trio Mächtig/Kupitz/Christoffers eine Presseerklärung pro Flugplatzausbau abgegeben hatten.

Beanstandung abgelehnt

Wie bereits in der StVV angekündigt, hat Ortsbürgermeister Triller Bürgermeister Boginski inzwischen aufgefordert, den Beschluß zum Raumordnungsverfahren zu beanstanden. Das Schreiben ging nachrichtlich auch an die Kommunalaufsicht. Vor dem Hintergrund des Fristablaufs für die Stellungnahme (31. Jan.) war eine kurzfristige Entscheidung erforderlich.

Nach Konsultationen mit der Kommunalaufsicht hat Bürgermeister Boginski die Beanstandung abgelehnt und den Beschluß für rechtmäßig erklärt. Eine schriftliche Antwort an Triller steht noch aus. Er steht nun vor der Frage, ob er von der Möglichkeit einer Organklage gegen die Stadt Gebrauch machen will, wie von ihm angedeutet.

Familiengarten kontrovers

Eberswalde (bbp). Wie geht es weiter mit dem Familiengarten? Zur Beantwortung dieser Frage traf sich der Eberswalder Bürgermeister am 7. Februar mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Familiengarten. Die aus Vertretern der StVV-Fraktionen und Verwaltungsmitarbeitern bestehende AG arbeitet seit dem Frühjahr 2007 an Konzepten für den Weiterbetrieb des Familiengartens. Ziel war vor allem, die erheblichen finanziellen Belastungen der Laganachnutzung einzudämmen.

Dem Gespräch zwischen Bürgermeister und AG waren äußerst kritische Äußerungen des AG-Vorsitzenden Volker Passoke auf der StVV-Sitzung am 24. Januar vorausgegangen. Im Namen der AG warf Passoke dem Bürgermeister vor, das bereits seit dem Herbst vorliegende Konzept noch immer nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt zu haben. Die zur Umsetzung des Konzepts notwendigen Gelder fehlten im Haushaltsplan für 2008. Stattdessen schaffe die Verwaltung personelle Tatsachen. Seit 2006 fielen bereits acht Stellen im Veranstaltungsservice des Familiengartens weg. Die jetzt geplante Versetzung von Mitarbeitern des Info-Punktes in die Zooschule würde das Aus für das »Grüne Klassenzimmer« bedeuten, befürchtet Passoke und warnt zugleich davor, daß möglicherweise Fördermittel in Höhe von vier Millionen Euro zurückzuzahlen seien. Den Familiengarten künftig nur noch mit Ein-Euro-Jobs zu bewirtschaften, werde nicht funktionieren.

Die AG Familiengarten war damals auf Anregung des Bürgermeisters ins Leben gerufen worden. Die AG-Mitglieder sind empört, daß die von ihnen vorgelegten Ergebnisse nunmehr vom Bürgermeister ignoriert werden. »Wir hätten uns gewünscht, daß das vorgelegte Konzept, wenn es denn in der Verwaltung nicht für umsetzbar gehalten wird, zumindest mit der Arbeitsgruppe diskutiert worden wäre«, sagte Passoke. Boginski bestätigte inzwischen, daß die Verwaltung dem Konzept nicht folgt, weil es »keine wirkliche Alternative« biete. Der für den Familiengarten verantwortliche Amtsleiter Boris Hecht sei »auf eigenen Wunsch« dabei, bis Ende Februar die Unterlagen zu überarbeiten. Gerüchte, wonach die Veränderungen im Zusammenhang mit dem Familiengarten auf weitergehende strukturelle und personelle Änderungen zielen, erhielten durch den expliziten Verweis des Bürgermeisters auf die Verantwortung des 1. Beigeordneten Lutz Landmann, in dessen Dezernat der Familiengarten angesiedelt ist, neue Nahrung. Die AG Familiengarten forderte den Bürgermeister auf, spätestens auf der nächsten StVV zur konzeptionellen Arbeit im Familiengarten Stellung beziehen.

»Gefährliche Wähler«

WIR POLITIKER WERDEN JA NICHT VON IRGEND EINER HÖHEREN GEWALT EINGESETZT, SONDERN VOM WÄHLER. DAMIT HAT DER WÄHLER THEORETISCH AUCH DIE MACHT, DIESEN STAAT ZU RUINIERN.

Finanzminister RAINER SPEER, in Berliner Zeitung v. 31.1.08

Kein Kommunalkombi in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Im November hatte die Fraktion der Linken in der StVV Eberswalde nachgefragt, ob in der Stadt die Beschäftigung nach dem neu eingeführten Modell des »kommunalen Kombilohns« beabsichtigt sei. In der Antwort der Stadtverwaltung vom Dezember 2007 hieß es, daß die kommunalen Beschäftigungsfördermaßnahmen in Eberswalde gegenwärtig »grundlegend neu geordnet« werden, »wobei eine deutliche Ausdehnung derartiger Maßnahmen angestrebt wird«. In diesem Zusammenhang sei, »je nach Höhe des kommunalen Eigenanteils, auch eine verstärkte Inanspruchnahme

des Kombilohnmodells denkbar«. In der Januar-StVV konkretisierte Bürgermeister Friedhelm Boginski die Antwort. Inzwischen steht die Höhe des Landeszuschusses fest. Zu den 500 Euro, welche der Bund zur Verfügung stellt, kommen 150 Euro vom Land. Der verbleibende Fehlbetrag übersteige die Möglichkeiten der Stadt. Unter diesen Bedingungen, so Boginski, werde es in der Stadt Eberswalde keine Beschäftigungsverhältnisse nach dem kommunalen Kombilohnmodell geben. Ob seitens des Landkreises ein Zuschußprogramm aufgelegt wird, ist nicht bekannt.

Flugplatz Finow:

Realität endlich anerkennen

Beim Ausbau des Flughafens habe ich den Eindruck, alle wissen, daß es nichts wird, aber fast alle machen mit. Die Verwaltungsspitzen und verantwortlichen Politiker sollten jedoch endlich die Realitäten anerkennen und sich auf die Entwicklung der wirklichen Potentiale der Region konzentrieren. Hierzu zählen neben Metall und Energie unbestritten der Tourismus- und der Gesundheitssektor. Um letztere voran zu bringen, braucht es einen klaren Kurs. Und der ist bei den Beteiligten nicht so recht zu erkennen. Es immer allen recht machen zu wollen, ist am Ende kontraproduktiv.

Bündnis 90/Die Grünen sind nach wie vor konsequent gegen einen Ausbau des Flughafens Finow. In 60 km Entfernung von dem in Bälde modernen Großflughafen in Schönefeld einen weiteren Flughafen für große Maschinen zu etablieren, wäre für die Region Berlin-Brandenburg raumordnerisch und ökonomisch

nicht sinnvoll. Es ginge in diesem Fall nur um Billigkonkurrenz auf Kosten von Anwohnern, Umwelt und Gastgewerbe im weitesten Sinne.

Die Haltung vieler Lokalpolitiker, die einerseits Millioneninvestitionen aus Steuergeldern für den Ausbau der Wassersport- und Fahrradregion, zum Teil in unmittelbarer Nähe des Flughafens, bewilligen und diese Region gleichzeitig mit 80 Starts und Landungen pro Tag verlärmeln lassen wollen, läßt an verantwortlichem Handeln zweifeln. Von der zusätzlichen Belastung mit Luftschadstoffen ganz zu schweigen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Meinung der sonstigen Vorzeigekommune in Sachen Tourismusentwicklung und Wohnstandorte, Marienwerder, hierbei scheinbar niemanden interessiert.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Sprecher des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen

Courage gegen Rechtstextremismus gefragt

Bernau (bm). Erneut ist Zivilcourage gegen Rechtstextremismus gefragt – zum drittenmal ruft die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) junge Leute in ihrem Wahlkreis auf, an dem Wettbewerb »Zivilcourage vereint« zu beteiligen. Mit dem Wettbewerb sollen junge Menschen ermutigt werden, sich mit phantasievollen Beiträgen wie Songs oder Gedichten, der Gestaltung einer Internetseite, Manuskripten/Drehbüchern für ein Theaterstück/Film, Comics, die Gestaltung einer etwas anderen Schülerzeitung mit den Problemen von Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinanderzusetzen.

»In den Anstrengungen dazu dürfen wir nicht nachlassen, wie erschreckend steigende Zahl rechtsextremer Ausschreitungen zeigt. Dabei kommt es zweifellos darauf an, daß Bund, Länder und Kommunen Initiativen und Organisationen, die sich gegen Rechtstextremismus engagieren, besser fördern«, erklärt Enkelmann. Wichtig ist, im Kampf gegen rassistisches und faschistisches Gedankengut mit neuen, kreativen Ideen junger Menschen zu erreichen.



Dagmar Enkelmann und die Preisträgerin 2007 Claudia Fortunato.

Im Rahmen des Wettbewerbs hatte zum Beispiel die Schülerin Claudia Fortunato aus Seelow ein selbst geschriebenes Theaterstück auf die Bühne gebracht und eine Studienreise nach Spanien gewonnen. Bei der aktuellen Auflage des Wettbewerbs winken als Preise eine einwöchige Studienreise nach Griechenland im Frühjahr 2008 sowie Sachgewinne. Einsendeschluß ist der 16. Februar 2008. Weitere Infos unter 03338/459543.

System oder Zufallsprinzip?

Mehrfach hat DIE LINKE im Ausschuss Bau, Planung, Umwelt (ABPU) eine stärkere Einbindung der Bürger und der Ausschußmitglieder in behördlichen Planungs- und Beteiligungsprozessen gefordert. Regelmäßig werden diese Vorstöße unter dem Vorwand »das sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung« durch die Verwaltung abgeschmettert.

Daß es auch anders geht, hat in den letzten Monaten die öffentliche Diskussion und Beteiligung zur Umweltverträglichkeitsprüfung für die Anlage der Fa. Theo Steil und zum Raumordnungsverfahren B167neu gezeigt. Auch die Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren Regionalflughafen Eberswalde-Finow wurde im ABPU am 08.01.2008 zur Abstimmung vorgelegt. Und alle wurden dann durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Hinsichtlich des Entwurfes zur Landesentwicklungsplanung Berlin-Brandenburg (LEP BB) gab es im letzten ABPU nur eine Information zur geplanten Stellungnahme. Diskussion und Meinungsbildung waren also nicht möglich. Diese Herangehensweise stieß auf Protest bei allen Fraktionen.

Gerade der Entwurf des LEP BB, in der es um nicht mehr und nicht weniger geht, als um die Frage, wie sich die beiden Bundesländer die Entwicklung von Eberswalde vorstellen, sollte nicht ohne die Beteiligung der Bürger und des politischen Raumes entstehen. Und hier zeigt

sich das Grundproblem. Während man in anderen Verfahren immer eine Zeitverlängerung für die Stellungnahme erwirken konnte – und nur so war es möglich öffentliche Beteiligung nach Vorlage der städtischen Stellungnahme einzuräumen – wurde für den LEP BB eine Fristverlängerung abgelehnt. Somit blieben der Verwaltung also nur 10 Wochen, um sich eine Meinung zu bilden.

(An dieser Stelle wurde der Artikel im Amtsblatt ohne vorherige Absprache gekappt, der Rest soll im März-Amtsblatt erscheinen.)

Den Entwurf in den Sitzungen im November oder Dezember zur Diskussion vorzustellen, war anscheinend nicht gewollt. Auf Forderung der Ausschußmitglieder wurde wenigstens 3 Werktagen vor Beteiligungsende die fertige Stellungnahme der Fraktionen vorab zur Kenntnis gegeben. Daß dann keine Einflußnahme mehr möglich ist, versteht sich von selbst.

Dieser Vorgang macht einmal mehr deutlich. Wenn die Verwaltung die Fraktionen nicht über behördliche Planungs- und Beteiligungsprozesse zur Beginn der Verfahren informiert, kann der politische Raum sich nicht dazu positionieren, zu welchen Themen er öffentlich Stellung beziehen will. So muß die StVV weiterhin damit leben, nur dann Beschlüsse zu fassen, wenn die Verwaltung das »Risiko« auf diese abwälzen will.

WOLFGANG SACHSE,
StVV-Fraktion DIE LINKE Eberswalde

Mit Hartz IV ins Bürgermeisteramt

Für die Bürgermeisterwahl am 6. April 2008 in Angermünde wurde ich von unserem Verein »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.« als Kandidatin nominiert. Ich bin parteilos und kämpfe für soziale Gerechtigkeit. Das Wort Angst kenne ich nicht, denn ich kämpfe schon über 3½ Jahre auf der Straße gegen den Sozialkahnenschlag. Mein Leben ist von jahrelanger Arbeitslosigkeit geprägt. Als Hartz IV-Betroffene erlebe ich täglich die Armut, Verzweiflung, Ausgrenzung und Trostlosigkeit. Ich empfinde Haß und Empörung, wenn ich den Umgang mit sozial schwachen Bürgern verfolge.

Mein offenes Telefon wird sehr gern genutzt. Meist handelt es sich um Anfragen für ALG-II. Oft erlebte ich aber auch schon die pure Verzweiflung. Viele Bürger wissen nicht, wie es weiter gehen soll, andere machen sich um Ihre Angehörigen Sorgen. Immer wieder höre ich die Frage am Telefon: Sind Sie die Frau, welche die Montagsdemo organisiert hat? Nach meiner Bestätigung werden diese Bürger zutraulich und erzählen von Ihren Problemen. Sehr viele Menschen fühlen sich alleine gelassen, und Angst ist ihr ständiger Begleiter. In Angermünde und seinen Ortsteilen fühlen sich viele Bürger von den jetzigen Abgeordneten in nicht mehr vertreten. Eine andere Politik ist möglich

und nötig. Die Bürger können mit Ihrer Stimme selbst entscheiden, welche Politik in Zukunft ins Rathaus einziehen soll. Durch die jahrelange Eierei um die Mälzerei haben viele Abgeordneten an Glaubwürdigkeit verloren. Das Sozialticket für alle Bürger mit geringen Einkommen wurde für Angermünde von den meisten Abgeordneten abgelehnt. Die Überdachung am Bahnhof dient nur als Sitzgelegenheit für die Spatzen. Sie kostete viel Geld.

Ich arbeite bundesweit mit vielen Bündnissen, Vereinen, der bundesweiten Montagsdemo, Protestbewegungen und Einzelpersonen zusammen. Diese Zusammenarbeit funktioniert als ein gutes Netzwerk. Außerdem arbeite ich ehrenamtlich für die Online-Zeitung Artikel Eins (www.artikel-eins.com), bin Moderatorin beim großen Forum www.sozialbetrug.org und arbeite aktiv im Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« mit.

Der Protest lebt! In ganz Deutschland haben sich Bündnisse gegründet, welche gegen diese menschenunwürdige Bundespolitik kämpfen. Ich möchte mit meiner Kandidatur ein Zeichen setzen. Eine andere Politik ist möglich und notwendig.

BIRGIT KÜHR
(aus »Artikel Eins 1«, Februar 2008, gekürzt)

Umweltzone in Eberswalde

Eberswalde (bbp). »Im Maßnahmenkonzept des Luftreinhalteplans ist mittelfristig die Einrichtung einer Umweltzone in der Breiten Straße zwischen Tramper Chaussee und Eichwerder Straße vorgesehen«, heißt es in der Antwort des Eberswalder Stadtentwicklungsamtes auf eine Anfrage des Stadtverordneten Hans-Joachim Blumenkamp (CDU). Die Umweltzone soll ergänzt werden durch eine Reduzierung der Geschwindigkeit. »In Abhängigkeit von anderen wichtigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung im Zuge der Breiten Straße bzw. Eisenbahnstraße, wie z.B. dem Eichwerder Ring bzw. der Hausbergstraße sowie dem Kreisel Eisenbahnstraße/Bergerstraße, deren Realisierung bis 2010 nicht komplett erreicht werden kann, wird die Verwaltung prüfen, ob die Umweltzone auf den Innenstadtkernbereich einschließlich Eisenbahnstraße und Friedrich-Ebert-Straße ausgedehnt werden sollte.« Durch die Nähe zum »sehr progressiv mit der Thematik umgehenden Land Berlin«, dort gilt seit dem 1. Januar eine Umweltzone, könne auch in der Stadt Eberswalde »dieses Thema intensiver verfolgt werden«. Zur Erhöhung der Akzeptanz der Umweltzone müsse darauf bereits an wichtigen Zufahrtstraßen weit vor dem eigentlich gesperrten Bereich, wie z.B. im Bereich Autobahnanschluß Finowfurt oder der B167, 168 bzw. 2 hingewiesen werden. Bei der konkreten Festlegung seien auch spezielle Regelungen zur Sicherung des städtisch-lokalen Versorgungs- und Wirtschaftsverkehrs zu treffen.

Blumenkamp hatte namens der CDU-Fraktion gefordert, bei der Einrichtung einer Umweltzone »die Möglichkeiten von großzügigen unbürokratischen Ausnahmeregelungen insbesondere für Eberswalder Unternehmen darzustellen«. Die Einrichtung einer Umweltzone, so Blumenkamp, wäre zusammen mit dem Ausbau des Obusses ein »richtungsweisendes Signal für eine Verbesserung zu einem gesunden Stadtklima«. Dabei müsse aber sichergestellt werden, daß die lokale Wirtschaft nicht zusätzlich belastet wird. Möglich wären beispielsweise kostenfreie Sondergenehmigungen oder Durchfahrten zu bestimmten Tageszeiten. Auswärtige LKW wären hingegen durch die Einrichtung einer Umweltzone gezwungen, das Stadtgebiet von Eberswalde großzügig zu umfahren.

Landkreis pflanzt Bäume

Eberswalde (bbp). Ende vorigen Jahres hatte der CDU-Stadtverordnete Hans-Joachim Blumenkamp auf Anregung einer Bürgerin nachgefragt, welche Ausgleichsmaßnahmen für die Bebauung des Pavillonplatzes vorgesehen seien. In der vom Sachgebiet Grünanlagen im Bauamt bearbeiteten Antwort heißt es: »Der Landkreis Barnim hat die Auflage erhalten, im Stadtgebiet Bäume zu pflanzen.« Stadt- und Kreisverwaltung würden aber noch über die Einzelheiten verhandeln. Angaben zum Umfang der beauftragten Baumpflanzungen wurden nicht gemacht.

Beispiel 1:

Es soll eine Straße erneuert werden, vielleicht sogar verbreitert. Es ist keine gewöhnliche Straße, sondern eine Allee. Die Straßenbauer wollen die Bäume fällen und dann bauen. Dazu fragen sie bei der Naturschutzbehörde und bei der Bauaufsicht des Kreises an, jedenfalls sollten sie es tun. Die Behörden prüfen, ob sie zuständig sind. Handelt es sich um eine Ortsstraße, dann ist der Kreis zwar zuständig – aber nur für die Bäume, nicht für den Straßenbau. Handelt es sich aber um eine Kreisstraße, eine alte Allee, Lebensraum für viele, vielleicht sogar seltene Tiere und Pflanzen, dann geht es um Artenschutz und sofort ändert sich die Zuständigkeit. Für den Straßenbau ist jetzt der Kreis zuständig – es ist ja eine Kreisstraße – nicht aber für die Bäume. Bei Artenschutz ist nämlich die oberste Naturschutzbehörde, also das Landesumweltamt zuständig. Man sieht, die Sache ist nicht so einfach.

Es gibt Menschen, die mögen alte Bäume und alte Alleen. Alte Bäume sehen gut aus und sind sehr nützlich. Sie schlucken Staub und Kohlendioxid, produzieren Sauerstoff und spenden Schatten. Sie speichern Wasser und bringen Kühlung. Viele Menschen wissen das. Deshalb sind sie Baumfreunde. Einige von ihnen im Barnim bilden einen Stammtisch zum Schutz alter Bäume.

Es gibt andere Menschen, die mögen alte Bäume gar nicht und schon gar keine alten Alleen. Von einem alten Baum kann mal ein Ast abbrechen oder seine Wurzeln heben das Pflaster. Für diese Menschen sind deshalb alte Bäume ein Ärgernis, ja eine Gefahr. Man kann durch eine Allee nur mit angepaßter Geschwindigkeit fahren und außerdem macht es Mühe, die alten Bäume zu pflegen – etwa totes Holz zu entfernen.

Alte Alleen müssen deshalb gefällt werden, so sagen die Baumfeinde. Einer von ihnen, er läßt sich gern als Vizelandrat bezeichnen, ist vom Baumschutzstammtisch mit der goldenen Kettensäge ausgezeichnet worden, ein wahrlich verdienter Negativpreis.

Wer eine alte Allee fällen will um für eine breitere Straße Platz zu machen, der macht sich die Baumfreunde zu Feinden.

Wer die Bäume stehen lassen will, weil er meint, daß auch die schmalere Straße reicht und daß man nicht so schnell fahren muß, der macht sich die Straßenfreunde zu Feinden.

Was hat das mit Zuständigkeit zu tun? Bei so unterschiedlichen Interessen überlegt es sich die Behörde am liebsten zweimal, ob sie den »schwarzen Peter« haben will. Plötzlich wird ganz schnell die eigene Nichtzuständigkeit erklärt, so geschehen im Fall der Kreisstraße K 6005, (alte) Allee zwischen Rüdnitz und Danewitz. Inzwischen wird der Streit zwischen Kreis- und Landesbehörden gar vor dem Verwaltungsgericht geführt mit dem vorläufigen Ergebnis, daß leitende Mitarbeiter der Kreisverwaltung erklärt haben: »Der Spruch des Verwaltungsgerichts ist für uns nicht maßgebend.«

Zuständigkeiten

von Johannes Madeja

Wer auf ein Amt kommt, freut sich, hat er jemanden gefunden, der für sein Problem zuständig ist. Oft ist das nicht einfach. Aber kann man sicher sein, daß derjenige, der seine Zuständigkeit erklärt hat, auch wirklich zuständig ist? Und ist immer derjenige, der sich für nicht zuständig erklärt hat, auch wirklich nicht zuständig?

Beispiel 2:

Im Landkreis Barnim gibt es neben der kreiseigenen Gesellschaft für Abfallwirtschaft (GAB) zwölf weitere Unternehmen, die sich mit der Aufbereitung von Abfällen beschäftigen. Alle wurden genehmigt. Zuständige Genehmigungsbehörde ist hier das Landesumweltamt (LUA), der Kreis ist nur zu informieren, er wird »beteiligt«.

Ist damit das LUA generell zuständig? Das wäre zu einfach. Wenn es z.B. mit einer solchen Anlage echte Probleme gibt, wie im Falle der GEAB in Bernau, dann ist für den Schaden natürlich nicht das LUA zuständig sondern der Kreis oder – auch hier gibt es wieder Streit – die Gemeinde. So sollen die Kosten, die ein Großbrand bei der GEAB verursacht hat, vom Kreis und von der Stadt Bernau getragen werden. Natürlich wurde wieder prozessiert, um die Zuständigkeit zu entscheiden. Richter und Anwälte wollen ja leben!

Wer geglaubt hatte, daß das Unternehmen (oder seine Feuerversicherung) wenigstens einen Teil der Kosten zu tragen hat – schließlich wurde durch den Brand eine große Menge Müll billig entsorgt – den muß ich enttäuschen. Die GEAB ist dafür nicht zuständig. Den Schaden trägt die Allgemeinheit, also letztlich der Bürger Steuerzahler. Das kann man sich leicht merken: Im Schadensfall ist immer der Bürger zuständig – als Generalzahlmeister! Das gilt natürlich auch für die vom LUA bereits genehmigte Sondermüllverbrennung der Firma Steil in Eberswalde. Auf den Willen der betroffenen Bürger, auf den Protest, auf mehr als 14.000 Unterschriften kommt es nicht an. Kreis und Stadt sind nicht zuständig!

Beispiel 3:

Die Gemeinschaftskläranlage in Eberswalde leitet täglich mehrere tausend Kubikmeter Abwasser in den Finowkanal. Das Abwasser gilt zwar als gereinigt, enthält jedoch noch Chemikalien, die im Reinigungsprozeß nicht abgebaut werden können, u.a. Stickstoff- und Phosphorverbindungen, Reste von Kosmetika und Pharmazeutika, Hormone, Antibiotika und andere Wasserschadstoffe. Dafür ist die untere Wasserbehörde des Kreises zuständig – sollte man meinen – ist sie aber nicht! Zuständig ist bei so einer großen Anlage die oberste Wasserbehörde, also das Umweltministerium, und die sieht keinen Handlungsbedarf, denn sie hat ja die permanente Gewässerverschmutzung genehmigt. Bei Pannen, also ganz argen Gewässererschmutzungen, hebt man den Drohfinger und ist im übrigen großzügig.

Eine handelsübliche private Wasseraufbereitungsanlage produziert Brauchwasser guter Qualität. Das wird im Haus wiederverwendet oder dient zur Bewässerung von Kulturen. Die Pflanzen nehmen Wasser und darin gelöste Nährstoffe über die Wurzeln auf, produzieren Biomasse und verdunsten einen Teil über die Blätter. Damit sorgen sie für ein gutes Mikroklima. Eine Gewässerbenutzung erfolgt nicht, Wasserrecht wird nicht berührt. Deshalb ist die untere Wasserbehörde des Kreises (uWB) auch nicht zuständig – sollte man meinen – ist sie aber doch!

Jedenfalls behauptet sie das und fordert von dem Betreiber einer privaten Anlage div. Anträge, Nachweise, Analysen, Zertifikate, ..., Wartungsvertrag und Dichtigkeitsprüfung. Daß überhaupt kein Gewässer benutzt, geschweige denn verschmutzt wird, darauf kommt es nicht an. Auch nicht darauf, daß eine Gewässerbenutzung nicht nachweisbar ist. Es kommt nur drauf an, daß vom Bürger die Zuständigkeit der Behörde anerkannt wird, daß er »ordre pariert« und daß er brav löhnt. Schließlich will die uWB ihre Existenzberechtigung haben, auch wenn sie nach dem Buchstaben und dem Geist des Wassergesetzes gar nicht zuständig ist.

Einem Bürger, der auf die eindeutige Gesetzeslage verweist und die Zuständigkeit der Wasserbehörde nicht anerkennt, dem zeigt man nicht nur den Drohfinger.

Die geeigneten Folterwerkzeuge sind Bußgeld, Zwangsgeld, Kontensperrung, Pfändung, Ersatzvornahme und Erzwingungshaft. Das alles ist nicht erfunden, es ist belegt und wird praktiziert. Toleranz, natürlich gesetzeskonform – so die Machthaber – wäre hier nicht angebracht; gute Beispiele könnten ja Schule machen!

Gewalt, Behördenterror darf man das nicht nennen. Wer das tut, dem wird gesagt, daß es sich hier nur um die Herstellung und Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung handelt. Unter diesem falschen Etikett werden in Deutschland verfassungsmäßig bestehende Rechte verweigert und Menschenrechte verletzt. Strafanzeigen gegen Richter und Anwälte gibt es im Dutzend, es wird jedoch grundsätzlich nicht ermittelt. Presse, Funk und Fernsehen informieren nicht und wenn, dann einseitig. Die Bundesregierung hat mehrfach ihre Nichtzuständigkeit erklärt. Wer aber ist für die Menschenrechte zuständig, wenn nicht der Bund? Ich sage dazu Schurkenstaat!

Wer unter solchen Verhältnissen nicht leben will, dem kann ich nur eines empfehlen: diesem Staat den Rücken kehren!

Bürgerwillen mißachtet

Volksinitiative Sozialticket im Landtag beerdigt

Bei der abschließenden Debatte bezüglich der »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« stimmten die Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition von SPD und CDU am 23. Januar gegen eine Landeslösung zur Finanzierung eines Tickets für Bedürftige in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die mit aktiver Beteiligung durchgeführte Initiative hatte im vergangenen Jahr über 33.000 Unterschriften gesammelt.

Die Akteure der Volksinitiative kritisieren, daß die Regierungsparteien den Bürgerwillen mißachten. Nun stehen sie vor der Entscheidung, beim Präsidenten des Brandenburger Landtages einen Antrag zur Einleitung eines Volksbegehrens zu stellen. Dazu sind innerhalb von vier Monaten mindestens 80.000 gültige Unterschriften in den Einwohnermeldeämtern des Landes zu leisten. Eine hohe Meßlatte!

Mittlerweile haben der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die Landesverbände des Arbeitslosenverbandes, der Volkssolidarität sowie die Parteien Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE Beschlüsse gefaßt und damit den Weg für ein Mitwirken im Volksbegehren frei gemacht. Andere Organisationen und Verbände, wie die Umweltvereinigung GRÜNE LIGA, werden in den nächsten Tagen folgen.

Nachdem die Volksinitiative sowohl im federführenden Verkehrsausschuß als auch im Sozialausschuß des Brandenburger Landtages keine Mehrheit fand, versagte schließlich der Hauptausschuß seine Unterstützung. Gleichzeitig verwies man vollmundig auf die »Aktivitäten« von Kreisen und kreisfreien Städten, bedürftigen Menschen verbilligte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr anzubieten. Auch ist man der Meinung, daß bestehende regionale Sozialticket-Systeme auf ihre Wirksamkeit und Inanspruchnahme überprüft werden sollen. Speziell bei der Brandenburger SPD-Landtagsfraktion sieht man in »regionalen Aktivitäten« das Allheilmittel und betont immer wieder, daß »ganz klar die Kreise und kreisfreien Städte« zuständig seien. Sie selbst entscheiden, ob sie mit den ihnen bereit gestellten finanziellen Mitteln für den öffentlichen Personennahverkehr auch verbilligte Tickets einführen. Argumentiert wird auch, daß es bislang bundesweit kein Flächenland gibt, das Sozialtickets anbietet und daß das Land Brandenburg dafür nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden kann. Einige Landkreise, wie z.B. Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming, hätten dagegen bereits regional solche Tickets eingeführt oder beabsichtigen es.

Für uns als Erstunterzeichner und gesetzlicher Vertreter in der Volksinitiative ist dies we-

der eine stimmige noch nachvollziehbare Argumentation. Offensichtlich wagen es die Regierungsparteien nicht, ernsthaft gegen das Grundanliegen der Volksinitiative etwas vorzubringen, dies vor allem mit Blick auf die diesjährigen Kommunalwahlen und die Landtagswahl 2009. Damit lehnen sie ernsthafte Schritte in diese Richtung ab und nehmen den Willen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst. Denn von einem solchen Sozialticket würden bis zu 300.000 Anspruchsberechtigte und damit auch potentielle Wählerinnen und Wähler im Land profitieren. Nach einer aktuellen emnid-Umfrage befürworten 76% der Landesbevölkerung ein solches Sozialticket. Sogar 86% der SPD-Mitglieder sprechen sich dafür aus. Verweise auf angeblich fehlende Zuständigkeiten und finanzielle Gründe sind für uns vorge-schoben und bemänteln nur den »mangelnden



Dr. Andreas Steiner, gesetzlicher Vertreter für die Grüne Liga Brandenburg, Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Linken im Brandenburger Landtag und Carsten Zinn, gesetzlicher Vertreter für den ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg werben für das Sozialticket.

sozial- und finanzpolitischen Willen« der Regierungskoalition. Landkreise und kreisfreie Städte dürfen bekanntlich nur dann ein Sozialticket anbieten, wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Außerdem wurden die Landeszuschüsse für den Öffentlichen Personennahverkehr zu Lasten der kommunalen Verkehrsbetriebe stetig gekürzt. Die Teuerungsrate von 3% und die zum 1. April beabsichtigte erneute Fahrpreiserhöhung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) macht Mobilität für sozial Bedürftige mittlerweile unerschwinglich. Chancengleichheit läßt sich nur durch die Finanzierung einer landesweiten Lösung herstellen.

Ver.di-Landesbezirkschefin Susanne Stumphenhusen hat sich bereits mit einem Appell an alle ver.di-Mitglieder in Brandenburg gewandt und die zukünftigen Anspruchsberechtigten aufgerufen, sich den hohen Herausforderungen eines erfolgreichen Volksbegehrens zu stellen und in den Einwohnermeldeämtern ihre Unterschrift zu leisten. Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionsträger werden aufgefordert, mit Vorbildwirkung in der Sache voranzugehen.

CARSTEN ZINN, ver.di Berlin-Brandenburg
Dr. ANDREAS STEINER, GRÜNE LIGA

Auf der Straße erkämpft

Das Barnimer Sozialticket von 1998

Nach französischem Vorbild begannen am 5. Februar 1998 auch in Deutschland massive Arbeitslosenproteste. Nach dem ersten Aktionstag in Eberswalde, an dem über 300 Arbeitslose teilnahmen, luden die Organisatoren französische Arbeitslose ein, die über ihre Aktionen berichteten, worüber die Presse berichtete. Französische Arbeitslosenaktionen mögen dem stellvertretenden Landrat Schmidt vielleicht vor Augen gestanden haben, als er am zweiten Aktionstag am 5. März vor die etwa 700 Demonstranten trat, die nach 5 km Marsch vom Arbeitsamt in Finow zum Landratsamt vor dem Hause Aufstellung genommen hatten.

Dem Landrat war zuvor ein 10 Punkte-Forderungsprogramm übergeben worden, in dem Forderungen an den Gesetzgeber, aber auch an den Landkreis und die Kommunen enthalten waren, darunter die Forderung nach einem Sozialticket. Sicher sollte einer weiteren Eskalation vorgebeugt und Dampf abgelassen werden. Auf jeden Fall erklärte Schmidt: »Ich denke, es ist realistisch, hier zu versprechen, daß in acht bis zehn Wochen so ein Sozialticket machbar ist.« Am 14. Mai teilte dann die Presse mit, daß der Landrat vor dem Kreisausschuß angekündigt hatte, zum 1. Juli 1998 ein Sozialticket einzuführen. Aus der Probephase von einem halben Jahr wurden dann insgesamt 7 Jahre und 8 Monate Gewährung des Sozialtickets.

Gewährt wurde den Arbeitslosengeld-, Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern ein Monatsticket zum halben Preis. Die Erwartung des Arbeitslosenkreises beim DGB Uckermark/Barnim, auch andere tarifliche Leistungen verbilligt zu bekommen, wurden allerdings nicht erfüllt. Eventuell eintretende Verluste der Barnimer Busgesellschaft (BBG) sollten jeweils im Rahmen des Kreiszuschusses ausgeglichen werden.

Da das seit 2005 angewandte System zur Ermittlung der Zuschüsse die Verluste aus dem Sozialticket nicht mehr berücksichtigte, andererseits ein deutlicher Anstieg der Anspruchsberechtigung durch Hartz IV vermutet wurde, wollte die BBG das Sozialticket nicht mehr weiterführen. Jedoch genehmigte der Aufsichtsrat der BBG erst am 16.11.05 die Kündigung des Sozialtickets gegenüber dem Landkreis. In Abstimmung zwischen BBG und Landkreis wurde das Sozialticket dann noch bis zum 28.02.06 gewährt und dann ohne vorherige öffentliche Ankündigung eingestellt. Statt eines Tickets für den Folgemonat erhielten die Antragsteller ein Infoblatt, in dem die Einstellung mitgeteilt wurde.

Das war das (vorläufige?) Ende des Sozialtickets im Landkreis Barnim.

ALBRECHT TRILLER

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Der Kampf zur Weiterführung des Sozialtickets

Eine Chronologie der Aktionen der Eberswalder Montagsdemo

Am 27. März 2006 haben die Montagsdemonstranten die Information über die Streichung des Sozialtickets unter Protest zur Kenntnis genommen. In einem Offenen Brief an Landrat Ihrke fordern sie die sofortige Weitergewährung des Sozialtickets.

Am 13. März ist das Sozialticket unter anderen »sozialen Schweinereien« Gegenstand einer Montagsdemo.

Am 22. März 2006 ziehen ca. 20 Montagsdemonstranten zum Landratsamt und wollen den Landrat in Sachen Sozialticket sprechen. Der Landrat ist im Hause, aber nicht gesprächsbereit. Die Demonstranten machen ihrem Frust vor der Tür Luft.

Im Rahmen der 75. Montagsdemo am 27. März 2006 stoppen ca. 50 Leute einen Bus und halten im Bereich der Bushaltestelle eine kurze Kundgebung von zehn Minuten ab. In dieser Zeit führen Montagsdemonstranten ein Gespräch mit dem Busfahrer über die Streichung des Sozialtickets und überreichen ihm einen Appell an den Geschäftsführer der BBG, in dem die sofortige Weitergewährung gefordert wird.

In Presseerklärungen verlangen nun auch die Kreistagsfraktionen der PDS und von Grüne/AfW sowie der Regionsvorstand des DGB die Weiterführung des Tickets. Vizelandrat Bockhardt erklärt sein erneutes Nein zum Sozialticket, weil dafür kein Geld im Haushalt wäre. Eberswalder Montagsdemo entschließt sich kurzerhand, eine zusätzliche Montagsdemo am 3. April 2006 durchzuführen.

Am Morgen des 3. April »besucht« ein knappes Dutzend Montagsdemonstranten die Fahrkartenverkaufsstelle der BBG im Beisein des RBB-Fernsehens. Einige Leute haben Antragsunterlagen dabei und wollen das Sozialticket kaufen. Erfolglos. Sie werden an den Geschäftsführer der BBG verwiesen. Am Nachmittag findet dann die Montagsdemo



zum Sozialticket statt. Der Demozug mit fünfzig Teilnehmern zieht durch die Friedrich-Ebert-Straße und hält an jeder der vier Bushaltestellen eine kurze Kundgebung ab. Forderungen der Eberswalder Montagsdemo werden in jeder Bushaltestelle angeschlagen. In der abendlichen Sendung »Brandenburg aktuell« läuft ein Beitrag über den Kampf der Eberswalder Montagsdemo für den Erhalt des Sozialtickets.

Im Namen der Eberswalder Montagsdemo besuchte Frank Töpfer am 31. März 2006 den amtierenden Bürgermeister der Stadt Eberswalde. Er übergibt ihm ein Schreiben, in dem Eberswalder Montagsdemo die Stadt bittet, aus »plötzlich aufgetauchten 2,5 Mio Euro Mehreinnahmen« und »200 TEuro Spende der EWE« das Sozialticket für ein oder zwei Monate zu unterstützen.

Am 10. April 2006 »besuchen« die Montagsdemonstranten die Eberswalder Geschäftsstellen der CDU und SPD. Sie wollen die Positionen der Parteien bzw. ihrer Kreistagsfraktionen zum Sozialticket hören. Während sich die CDU für Gespräche zum Sozialticket offen gab, reagierte der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion mit brüsker Ablehnung und Überheblichkeit. Für ihn könne erst bei der Debatte über den Nachtragshaushalt des Kreises im November über das Sozialticket gesprochen werden. Am 24. April 2006 sucht die Eberswalder Montagsdemo ein Gespräch mit der PDS, fand trotz Anmeldung keinen Gesprächspartner.

Für den Kreistag am 26. April 2006 brachte die PDS-Fraktion einen Antrag zur Wiedereinführung des Sozialtickets ein. Statt sich

zunächst auf die Wiederherstellung des Sozialtickets zu beschränken, setzte die PDS-Fraktion mit darüber hinausgehenden Forderungen (Jahres- und Wochenkarte auf 50 %, Tages- und Einzelfahrscheinpreise auf 25 %) mit Ursachen dafür, daß die Vorlage keine Zustimmung fand. Die Eberswalder Montagsdemo protestierte vor dem Kreistag erneut gegen die Abschaffung des Sozialtickets und forderte mit Handzetteln und mehreren Einwohnerfragen die Wiedereinführung. Die Ablehnung der Vorlage zur Wiedereinführung des Sozialtickets quittierte Eberswalder Montagsdemo bei der darauf folgenden Montagsdemo mit einer Schwarzfahraktion.

Am Ersten Mai 2006 zogen Eberswalder Montagsdemonstranten erneut mit einem Transparent auf: Freiheit braucht Mobilität. Sozialticket muß bleiben.

Ein Jahr später, am ersten Mai 2007, begann eine Volksinitiative mit einer großartigen Unterschriftensammlung für ein Brandenburger Sozialticket. Nicht der Landkreis, sondern das Land soll Träger des Sozialtickets sein. Wie wir inzwischen wissen, hat der Landtag das Ansinnen zurückgewiesen und es den Landkreisen anheim gestellt, ein Sozialticket im Landkreis einzurichten. Damit ist das Thema wieder im Landkreis angekommen.

Am 20. Februar liegt dem Kreistag Barnim wieder ein Antrag der Linken und Grüne/AfW zur Einrichtung eines Sozialtickets auf dem Tisch. Die Autoren der Vorlage erwarten, daß SPD und CDU im Kreistag die Verantwortung wahrnehmen, die sie im Land ablehnen – eine sehr trügerische Hoffnung. Aber in diesem Jahr sind ja Kommunalwahlen!



8 Das letzte Sozialticket der BBG im Barnim wurde im Februar 2006 an die Berechtigten verkauft.

Gerechte Verteilung – Arbeit

Arbeitslosigkeit, Geißel unserer Gesellschaft. Vollbeschäftigung, das erklärte Ziel. Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit sind, mit Verlaub, nicht geeignet um die Zahl der Arbeitslosen, noch die Zahl der offenen Stellen zu beziffern. Besonders mit Blick auf die BfA gilt folgender Grundsatz: Traue keiner Statistik die du nicht selbst gefälscht hast. Also sehen wir uns kurz den grundsätzlichen Faktor an welcher das Arbeitsplatzangebot bestimmt.

In jedem Land gibt es ein sogenanntes Reallohniveau. Moderne Beschäftigungstheorien gehen davon aus das jedes Reallohniveau einem genau definierten Arbeitsplatzangebot entspricht, was, wenn alle angebotenen Arbeitsplätze besetzt sind, als Vollbeschäftigung gilt. Das heißt im Klartext: Je niedriger das Reallohniveau, je mehr Arbeitsplätze (Beschäftigung) werden angeboten.

Das heißt aber auch, daß die Reallöhne sinken wenn die Beschäftigung zunimmt, da ja nur eine gegebene Lohnmenge zur Verfügung steht. (Bei gleichbleibender Wertschöpfung) Da heute aber jene, die keinen Arbeitsplatz haben, also arbeitslos sind, von denen die Arbeit und Einkommen haben über Sozialabgaben mit versorgt werden, wäre es denkbar, die Beiträge zur Sozialversicherung abzuschaffen, damit die Lohnkosten zu senken und so über ein niedrigeres Reallohniveau mehr Arbeitsplätze angeboten zu bekommen. Da dies natürlich nicht ausreichen würde, um Vollbeschäftigung zu erreichen, würde dies nicht nur eine Lohnsenkung für den einzelnen bedeuten sondern viele in absolute Armut stürzen.

Bedingungsloses Bürgergeld, eine mögliche Alternative? Um ein Bürgergeldmodell zum laufen zu bringen ist m.M. nach die Finanzierung auf eine breitere Basis zu stellen. Sollen sich die Lohnempfänger selbst ein solches System finanzieren wird es scheitern, selbst wenn man die Beitragsbemessungsgrenzen abschafft. Denn wie ich im ersten Teil dieses Artikels erwähnt habe sind die Löhne, inklusive Nebenkosten, um den Betrag des Mehrwertes gemindert, welcher vom Arbeitgeber einbehalten wird und dieser ist mitunter beträchtlich. Mit Mehrwert ist hier der Betrag gemeint welcher vom Unternehmer als Gewinn ausgewiesen wird zuzüglich der Zinslasten die er tragen muß. Also muß auch der Unternehmer eine Art Mehrwert in Form von Zinsen abtreten. So wie der Arbeiter für den Unterhalt des Arbeitgebers zur Kasse gebeten wird, vielleicht aufgrund der Arbeitsteilung zu recht, so wird der Unternehmer für das geliehene Kapital (Geld) durch Zinsen zur Kasse gebeten. Ich unterscheide hier also zwischen Unternehmensgewinnen und reinen Zinsgewinnen durch Geldvermögen, welche im Endeffekt beide von den Löhnen abgezogen werden. Es müßten also Kapitaleinkommen, und besonders Vermögen mit denen Zinsgewinne gemacht werden, stärker zur Finanzierung herangezogen werden. Die

klassische Einkommenssteuer würde abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert und durch eine Kapitalertragssteuer und eine Vermögenssteuer ersetzt oder ergänzt. Sozialversicherungsbeiträge würden beibehalten wobei Kapitaleinkommen ohne Beitragsbemessungsgrenze herangezogen würden, Einkommen aus unselbstständiger Arbeit aber erst nach Überschreiten eines bestimmten Freibetrages. Die Kapitalertragssteuer und die Sozialversicherung werden bei diesem Konzept ähnlich der jetzt üblichen Praxis eingezogen.

Was einer Erklärung bedarf ist die Vermögenssteuer. Ähnlich dem Schwundgeld wird der Staat eine Steuer auf Geldbesitz erheben. Diese Vermögenssteuer (Geldsteuer) wird ein direktes monetäres Steuerungselement in der Hand des Staates sein. Am Beispiel von Münzen möchte ich die Funktionsweise dieser Gebühr kurz erläutern. Hat man am Ende eines Quartals noch Geld übrig, also nicht ausgegeben, muß man es, um es als Tauschmittel weiter nutzen zu können, regelmäßig zur Umprägung in eine Bank bringen, welche auch die Vermögenssteuer abführt. Konsumiert man sein Geld, zahlt man keine Vermögenssteuer. Investiert man es, zahlt man nur auf Erträge die Kapitalertragssteuer und die Sozialversicherungsbeiträge.

Ähnliche Konzepte sind nicht nur von Freiwirtschaftlern sondern auch von konservativen Vertretern behandelt worden. So schreibt John Maynard Keynes in seiner Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes: *»Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Lagerhaltungskosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelung der gesetzlichen Zahlungsmittel oder auf analogen Wegen zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden.«*

Ein so finanziertes Bürgergeld wäre durch das Einbeziehen von Vermögen und von Kapitalerträgen sehr viel solider finanziert als ein Bürgergeld, welches einzig über die Mehrwertsteuer, also den Verbrauch, getragen wird, wie es von Götz Werner vorgeschlagen wird. Ob damit jedoch, nach liberalen Gesichtspunkten, eine gerechte Umverteilung des Reichtums stattfindet? Bürgergeld bedeutet Freiheit für den Teil der Bevölkerung welcher heute definitiv nicht frei ist. Allein dieser Umstand wird dazu beitragen, daß wir wahrscheinlich nie so etwas bekommen was den Namen Bürgergeld verdient. Aber wär diese Freiheit überhaupt gerecht, wenn man Kapitalbesitzern und Vermögenden die freie Verfügung über ihr Eigentum einschränkt? Wahrscheinlich wäre es genau so gerecht wie das Abschöpfen des Mehrwerts der Arbeit durch den Unternehmer und das verlangen von Zinsen von Seiten der Vermögensbesitzer.

ANDY LOSCH

Ein Treppenwitz

Ich dachte ich lese nicht richtig, als ich zur Kenntnis nahm, daß die SPD-Landtagsfraktion sich nun wieder für einen kostenfreien Schülerverkehr einsetzen will. Fast zwei Jahre haben wir auf Landes- und Kreisebene vergeblich darum gerungen, genau dies zu sichern. Erst ein haftungshinweisender Brief des Innenministers hatte seiner Zeit dafür gesorgt, daß auch der Kreistag Barnim – der parteiübergreifend die Einführung von Kosten für den Schülerverkehr ablehnte – eine entsprechende Satzung verabschiedete. Gibt es in diesem Land wirklich nur noch im Vorfeld von Wahlen die Chance auf sozialeres Agieren der Koalition und ihrer Regierungsmannschaft?

MARGITTA MÄCHTIG

SPD-Führung geht schärferstens gegen NOKIA vor!

Als der NOKIA-Konzern auf einer Pressekonferenz verkündete, er werde – unwiderruflich – sein Bochumer Werk schließen und mehr als 2000 Leute »freisetzen«, also in die Freiheit entlassen, herrschte nicht nur in Nordrhein-Westfalen Empörung. Wut und Proteste bestimmten auch die Diskussionen im übrigen Deutschland. Vor allem die sachlich-kalte Begründung, man werde in Rumänien weiterproduzieren, weil dort nur 10 % der deutschen Löhne zu zahlen wären, und die peinliche Tatsache, daß dem milliardenschweren Konzern 60 Millionen Steuergelder als Ansiedlungsprämie zugesteckt worden waren, übrigens noch von der inzwischen abgewählten SPD-Landesregierung, brachte die Gemüter und bei diesem und jenem Politiker auch das Gewissen in Aufruhr. Ein EU-Kommissar verstieg sich sogar zur Aufforderung, Großunternehmen künftig nicht mehr zu subventionieren, wobei er gewiß die schnelle Vergeßlichkeit des Wahlvolkes einkalkulierte. Der DGB kündigte an, dem Tele-Unternehmen einen Abgang zu verschaffen, an dem es noch lange zu knabbern haben würde. Da darf man gespannt bleiben.

Unüberbietbar aber ist und bleibt die extrem klassenkämpferische Aktion der beiden Arbeiterführer Struck und Beck, die es schafften, den Multikonzern tief ins Mark zu treffen: Sie gaben ihre NOKIA-Handys zurück! Mehr kann man nicht verlangen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Richtigstellung

Von einem Bekannten erhielt ich den Hinweis auf ein Mißverständnis in meinem Artikel zum Geld (BBP 1/2008). Der Satz *»Da jene Beiträge ... Löhne gesenkt.«* muß richtig heißen:

Da jene Sozialversicherungsbeiträge einen Teil des Einkommens darstellen, werden mit der Verringerung des Arbeitgeberanteils an diesen Beiträgen nicht nur die Lohnnebenkosten, sondern die Löhne generell verringert.

ANDY LOSCH

Unrechtmäßig verfolgt

Nachfolgend eine Schilderung über das »Rechtssystem in der Bundesrepublik Deutschland«. Mir wurde bis heute derart viel Unrecht zuteil, daß ich, als ich die Artikel in der MOZ vom 5./6., 10. und 15. Januar 2008 (»Großbrázia gegen G8-gipfel war gesetzwidrig«, »Die DANN-Probe liegt noch beim BKA«, »Vermutlich passiert wiederum nichts«) las, wieder Mut faßte. Ich bin kein G8-Gegner, nur erlaube ich mir gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes eine eigene Meinung zu haben.

Weil ich am 19. September 2006 nicht zu einer Gerichtsverhandlung erschienen war, wurde gegen mich ein Haftbefehl nach § 230 Abs. 2 StPO erlassen, obwohl ich ausreichend entschuldigt war (Krankschreibung, Einweisung in eine Klinik und 70 % schwerbehindert). Am 10. Oktober 2006 um 11 Uhr wurde der Haftbefehl vollstreckt. Alle persönlichen Gegenstände, so auch die Wohnungsschlüssel, mußte ich in der Polizeiwache Eberswalde zum Effekten geben. Noch am selben Tage erhielt meine Wohnung Besuch von Staatsbeamten, die gezielten Handlungen vornahmen und mir höchst wertvolle Gegenstände entwendeten. In der JVA Neuruppin Wulkow wurde ich körperlich mißhandelt, entgegen dem Art. 104 GG.

Nach meiner Entlassung am 13. Dezember 2006 erstattete ich Strafanzeigen gegen den Leiter der JVA Herrn A., den Leiter der Polizeiwache Eberswalde Herrn Polizeirat Ronny K. sowie die Richterin am Amtsgericht Eberswalde Frau L. Alle drei Strafanzeigen nebst vielen anderen wurden bisher nicht abschließend bearbeitet bzw. wurden als nicht relevant abgelehnt. Beschwerden an das Ministerium der Justiz, den Generalstaatsanwalt sowie den leitenden Oberstaatsanwalt in Frankfurt (Oder) blieben bisher ohne Ergebnis. Hilfesuchend wandte ich mich an das Bundesverfassungsgericht sowie an den Generalbundesanwalt in Karlsruhe. Beide Behörden wären nicht zuständig, so die Antwort. Polizeirat K. wurde zwischenzeitlich bereits versetzt. Mit Hilfe eines renommierten polnischen Anwalts versuche ich Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzureichen.

Mein Großvater war Kämpfer gegen den Faschismus und wurde umgebracht. Daß ich sein Vermächtnis weiterverfolge, ist außer Frage.

K.-H. BLÄTTERMANN

Spielplatzleitplanung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Seit dem 8. Februar ist im Foyer des Eberswalder Rathauses eine Ausstellung mit ersten konkreten Informationen und Fotos zur Umsetzung der Spielplatzplanung in Eberswalde zu sehen. Zur Eröffnung begrüßte Bürgermeister Friedhelm Boginski eine Delegation des Kinder- und Jugend-Parlaments (KJP) aus der Partnerstadt von Eberswalde Delmenhorst, die Gäste des KJP Eberswalde sind.

Vorbestraft wegen dunkler Haut

Eberswalde (dg/bbp). Wenn Flüchtlinge, die bei uns als Asylbewerber leben, den Landkreis Barnim verlassen wollen oder müssen – zu Freunden, Verwandten, Ärzten, Rechtsanwälten oder aus anderen Gründen – dann müssen sie vorher bei der Ausländerbehörde eine »Verlassenserlaubnis« beantragen, die gewährt oder verweigert werden kann. Diese Residenzpflicht war lange Zeit einmalig in Europa. Nun gibt es sie auch in Slowenien, das dem deutschen Beispiel seit einigen Monaten nacheifert. Das Grundrecht auf Freizügigkeit im Bundesgebiet nach Artikel 11 Grundgesetz gilt »nur für Deutsche«. Die entsprechende Umsetzung im Asylrecht der BRD führt schnell zur Kriminalisierung der Asylsuchenden.

Beispielsweise für Herrn K., der als Asylsuchender im Barnim lebt. In den Jahren 2006 und 2007 wurde er dreimal in Berlin bzw. Potsdam an Bahnhöfen von der Polizei kontrolliert. Weil er keine »Verlassenserlaubnis« vorweisen konnte, wurde er angezeigt. Dafür bekam er jetzt vom Amtsgericht Eberswalde eine Strafe von insgesamt 120 Tagessätzen á 5 Euro (mit Gerichtskosten: 870,52 Euro). Ab 90 Tagessätzen gilt man als vorbestraft...

Hätte Herr K. keine dunkle Haut, dann wäre er jetzt nicht »kriminell«. Denn Weiße werden viel seltener von der Polizei kontrolliert als Menschen mit vermuteter afrikanischer, asiatischer oder lateinamerikanischer Herkunft. Spezielle Gesetze für Flüchtlinge führen dazu, daß Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Verwaltungsangestellte am Sinn dieser Gesetze zweifeln oder sich entschuldigen: »Über deren Sinn oder Unsinn habe ich nicht zu befinden, aber ich muß Sie (leider) bestrafen/kontrollieren/anders behandeln.«

Da stimmt doch etwas nicht, meinten Eberswalder Schülerinnen und Schüler, die sich im Rahmen des open-space-Prozesses »Light me Amadeu« mit diesen Themen beschäftigten und Aktionen zur Verringerung von Rassismus und Rechtsextremismus entwickelten. Sie riefen für den 6. Dezember, dem Todestag von Amadeu Antonio, zu einer Demonstration in Eberswalde aufgerufen. »Unsere Demonstration soll ein Zeichen für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte setzen, die Folgen von Rassismus thematisieren, erhellen und dagegen protestieren«, hieß es im Demoaufruf.

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«,

Gas-Krieg im Gazastreifen

An den Dauer-Krieg im Nahen Osten haben wir uns gewöhnt. Aktuelle Meldungen über sich abwechselnde Panzer- und Bulldozerinvasionen der israelischen Armee und Raketen- oder Selbstmordangriffe seitens der Palästinenser nehmen wir kaum noch wahr. So auch die jüngste Eskalation im Gazastreifen. Dort hatte die Hamas ihren Wahlerfolg mit Waffengewalt in reale Machtverhältnisse umgesetzt und die mit Israel kollaborierende Fatah vertrieben. In der unter den Verhältnissen leidenden palästinensischen Bevölkerung des Gazastreifens hat die Hamas großen Einfluß. Gerade wegen ihrer Kompromißlosigkeit gegenüber Israel. Für Israel war die Klärung der innerpalästinensischen Machtverhältnisse im Gazastreifen zugunsten der Hamas ein gefundenes Fressen, jede Gelegenheit zur Konfrontation zu nutzen.

Über mögliche Hintergründe informierte kürzlich die Internetseite www.steinbergrecherche.com. Der Gazastreifen ist nämlich nicht nur fruchtbares Siedlungsgebiet für 6.000 Israelis, die über 40 Prozent des Landes verfügen. Unter dem Festlandssockel 30 km vor der Küste des Gazastreifens lagern Erdgasvorräte im Wert von 2,7 Milliarden Euro. Diese im Jahr 2000 von der British Gas Group (BG) erkundeten Vorräte werden zunehmend für Israel interessant, weil die Erdgasvorkommen vor der eigenen Küste inzwischen weitgehend erschöpft sind. Die BG, im Besitz von 90 % der Förderkonzessionen, wollte das Erdgas ursprünglich nach Ägypten verkaufen. Unter dem Druck des damaligen britischen Premiers Tony Blair

erklärte sich die Gesellschaft dann aber dazu bereit, eine Unterwasserleitung zu einer Raffinerie im israelischen Ashkelon zu bauen. Nach Informationen der Bundesagentur für Außenwirtschaft vom November 2007 wurde mit dem Bau inzwischen begonnen. Dem Palestinian Investment Fund (PIF) unter Salam Fayyad, einem ehemaligen, von den USA geschätzten World-Banker, sollte bei einem Zustandekommen des Geschäfts einen Anteil von 1 Mrd. Pfund an den Einnahmen erhalten. Die von Hamas gewonnenen Wahlen änderten die Situation. Fortan blockierte Israel das Geschäft. Zugleich bestätigte der Hamas-Wirtschaftsminister Ziad al-Zaza, daß die Hamas kein Gas an Israel verkaufen werde. Verständlich, daß Israel zugunsten der abgewählten Fatah in den innerpalästinensischen Konflikt eingriff.

Im Januar 2008 verkündete BG die Absicht, erneut mit Ägypten in Verhandlungen über den Verkauf des Erdgases zu treten. Ägypten würde das Gas verflüssigen und gekühlt nach Europa und in die USA verschiffen. Die britische Firma beabsichtige, Ende Januar 2008 ihr Büro nahe Tel Aviv zu schließen und ihren Anteil am israelischen Gasfeld Med Yavne zu verkaufen. »Gefahr im Verzug« für die israelischen Erdgaspläne. War womöglich das der Grund für die jüngste Eskalation im Gazastreifen?

G.M.

Neben Informationen von www.steinbergrecherche.com sind in dem Artikel Hinweise von Hartmut Barth-Engelbart (www.barth-engelbart.de.vu) aus der Contrast-List (<http://de.groups.yahoo.com/groups/contrast-list>) verarbeitet worden.

Windstrom auch bei Flaute

Wenn eine ordentliche Brise weht erzeugen die 19.000 Windräder in der Bundesrepublik mehr als 20.000 Megawatt Strom – so viel wie zwanzig Kernkraftwerke. Bei Windstille dagegen ist die Ausbeute gleich Null. Die fehlende Grundlastfähigkeit ist eines der stärksten Argumente gegen die Windkraftnutzung, da ungeachtet des Ausbaus der Windkraftkapazitäten immer ein entsprechendes Grundlastpotential aus herkömmlichen Kraftwerken zur Verfügung stehen muß.

In den USA ist jetzt ein Verfahren entwickelt worden, mit dem das Problem der Speicherung der Windkraft gelöst werden könnte. Die Firma General Compression aus Massachusetts arbeitet an einer Technik, mit der Windenergie »fast ohne Energieverlust« gespeichert werden kann, wie das Unternehmen mitteilt. Die Windräder von General Compression produzieren keinen Strom. Anstelle des üblichen Generators haben die Fachleute der US-Firma einen Druckluftkompressor gesetzt. Somit wird die Kraft des Windes direkt als Druckluft gespeichert. Als Druckluftspeicher kämen natürliche Kavernen, Salzstöcke oder leere Erdgasfelder in Frage. Bei entsprechender Größe könnten sie bspw. einen Monat lang mit Druckluft vollgepumpt werden. Nach dem Prinzip eines Dudelsacks würde dann die Druckluft, unabhängig davon wie stark der Wind gerade weht, entsprechend dem Bedarf entnommen werden und eine Turbine mit angeschlossenem Generator antreiben.

Bevor diese Erfindung die Energiewirtschaft umkrepelt, dürfte allerdings noch einige Zeit vergehen. Noch ist das Dispatchable Wind Power System (DWPS), was soviel heißt wie »jederzeit verfügbare Windkraft«, wenig mehr als eine Idee. Die ersten Prototypen sollen bis 2010 gebaut sein. Derzeit ist General Compression ein kleines Unternehmen mit acht Millionen Dollar Startkapital und 15 Mitarbeitern. Die Firmenchefs, die beiden Brüder David und Michael Markus, wollten allerdings schon bis Ende 2007 weitere 30 Millionen Dollar einsammeln. Ihr bestes Argument ist dabei das weltweite Patent, das sie auf ihre Erfindung angemeldet haben.

Dabei leiden die beiden Brüder keineswegs unter Bescheidenheit. Mit vereinzelt Wind-

rädern wollen sie sich nicht abgeben. »Das System kann aus Hunderten Windrädern bestehen«, sagt David Markus. Dabei soll jedes einzelne Windrad Druckluft in einen gemeinsamen Speicher pumpen. Am Ende steht nur eine große Turbine mit einem großen Generator. Dadurch ist der Reibungsverlust geringer als bei vielen kleinen Generatoren.

Bis zu 500 Megawatt – soviel wie der Block eines großen Kohlekraftwerks – soll nach Vorstellungen von Markus so ein »Dudelsackkraftwerk« erzeugen. »Es geht um eine völlig neue Art der Stromerzeugung«, sagt Markus. »Wind ist erstmals in der Lage, mit Kohle- oder Kernkraftwerken zu konkurrieren.« So ein Dudelsackwindpark würde nach Schätzung von General Compression etwa das Anderthalbfache eines herkömmlichen Windparks kosten. Für 500 Megawatt wären demnach gut 750 Millionen Euro nötig. Allerdings lassen sich auch höhere Einnahmen erzielen. Dank DWPS kann man den Windstrom vor allem zu Spitzenzeiten verkaufen und damit viermal so viel Geld verdienen wie beispielsweise bei Nacht.

Ein Nachteil der Dudelsacktechnik ist der Wärmeverlust, der beim Komprimieren und Dekomprimieren der Luft unvermeidlich ist. General Compression beziffert den Energieverlust auf rund 25 Prozent.

Doch die Gebrüder Markus haben eine Lösung im Ärmel, die für Öko-Fundis nie in Frage käme. Sie wollen ihre Erfindung nicht autark betreiben sondern im Zusammenhang mit einer herkömmlichen Dampfdruckturbine, die mit Wärme aus einem Gas-, Kohle- oder Atomkraftwerk betrieben wird. Energetisch ist das wesentlich sinnvoller, als die komprimierte Luft durch eine eigene, kalte Turbine zu jagen. Das Ergebnis ist beeindruckend: Preßt man die Druckluft zusätzlich in eine ohnehin laufende Dampfdruckturbine, dann erhöht sich deren Wirkungsgrad nach Angaben von General Compression um 200 bis 300 Prozent. »Das macht den anfänglichen Energieverlust mehr als wett«, sagt David Markus. Betreibt man das Dudelsackkraftwerk zusammen mit Wärme aus einem Biomassekraftwerk, »dann ist der Strom hundertprozentig grün«.

Nach Informationen des
Energiesparkontors Barnim

Palmöl als Alternative Energie?

Eberswalde (bbp). Auf dem Gelände des Eberswalder Binnenhafens soll neben dem bereits produzierenden Holzwerk eine Anlage zur Herstellung von Biodiesel entstehen (vgl. »Das falsche Pferd«, BBP 8/2007). Als Rohstoff soll dabei vor allem Palmöl dienen. Der »Krieg gegen die Klimakatastrophe« (BBP 4/2007) führte zu einer riesigen Nachfrage. In einem Flyer des WWF zur Rettung des Orang-Utans in Borneo heißt es dazu: »Illegaler Holzeinschlag und reine

Profitgier rauben dem Wald seine Schätze. Jede Minute verschwindet eine Fläche von drei Fußballfeldern. Holzbarone und andere einflußreiche Firmen verkaufen das Tropenholz. Auf den gerodeten Flächen werden riesige Palmöl-Plantagen angelegt, für die kostbarer Regenwald weichen muß! Mit jedem gefälltten Baum zerstören die Holz- und Palmölfirmer ein Wunder der Natur. Sie nehmen den Orang-Utans und anderen Tieren Nahrung und ihren Lebensraum.«

Alleenvernichtungskonzept

Massiv umwerben Verkehrsminister Dellmann und Planer Brehm die Öffentlichkeit mit ihrer neuen Alleenkonzepktion. Unterdessen laufen Fachleute Sturm gegen dieses »Alleenvernichtungskonzept«, das unter dem Deckmäntelchen eines nachhaltigen modernen Alleenschutzes agiert. Denn im Zuge einer konsequenten Umsetzung der Strategie 21 wird der Schutzstatus nicht mehr vollständig geschlossener Brandenburger Alleen, unabhängig von ihrer Vitalität, aufgehoben. Ein Freifahrtschein für Fällungen. Um dies zu erreichen, werden regressive Eingriffe ins Brandenburger Naturschutzgesetz nötig sein, so die Entwertung des § 31 BbgNatSchG und des Alleenrunderlasses. Die negativen Folgen für Landschaftsbild und Naturhaushalt sind offensichtlich. Allerdings wird das den Zielen der EU-Konvention zum Schutz und der Gestaltung der Landschaft und dem länderübergreifenden Schutzgebietsystem Natura 2000 (Alleen als Teile von Biotopeverbundsystemen) zuwider laufen.



Die Strategie 21 wurde konzipiert, um auf rigorose Weise den Kostenaufwand für Einzelbaumbetrachtungen und Pflegemaßnahmen zu minimieren. Zugleich will man sich Nachpflanzungen innerhalb von Alleen ersparen. Um dafür den Boden zu bereiten, operieren die Verfasser mit Halb- und Unwahrheiten. So wird das Zerbild von überalterten Alleenbeständen gezeichnet. Ins Reich der Märchen gehört auch die These, daß Lückenpflanzungen verkümmern. Denn gerade durch zeitnahe Nachpflanzungen können Lücken aufgefüllt und nach Jahren eine optisch harmonische Alleenstruktur geschaffen werden. Wunschdenken ist die in der Alleenkonzepktion angestrebte homogene Altersstruktur, welche man mit Begründung neuer Alleen durch gleichaltrige Jungbäume dauerhaft erreichen möchte. De facto wird es aber im »Leben einer Allee« stets Baumausfälle geben, die zeitnah ersetzt werden müßten.

Will das Land Brandenburg effektiven Alleenschutz glaubwürdig betreiben, so muß es dafür konsequenterweise ein größeres Budget bereit stellen. Alles andere sind reine Täuschungsmanöver. Alte Alleen, das Markenzeichen Brandenburgs, sind als kulturelles Erbe zu pflegen und vor Umweltbelastungen weitgehend zu schützen. Ich fordere die Landesregierung auf, die Strategie 21 grundlegend zu überarbeiten!

Dr. ANDREAS STEINER (Grüne Liga Brandenburg, Barnimer Baumschutzstammtisch)

Grundeinkommen oder Arbeitszeitverkürzung plus Mindestlohn?

von Dr. Rainer Thiel

Zeitweiliges Grundeinkommen (GE) ist richtig

– für familiengründende Personen (Frau und Mann zugleich), pauschal und bedingungslos für eine gewisse Zeit. Kriterium: Vorhandensein von Kindern bzw. ärztlich feststellbare Schwangerschaft. Dauer: X Jahre, deren Beginn und deren Ablauf sich ohne Bürokratie abzählen läßt.

– bei Bildungs-Aktivitäten (und als Ausweitung des BAFÖG). Das kann bedeuten Bildungsurlaub von insgesamt Y Jahren zwischen Berufsabschluß und Rentenbeginn. Leicht kontrollierbar. Das wäre auch ein starker Anreiz zur Fortbildung. Und die Gefahr der Langeweile kann gebannt werden. Bei Abbruch des Bildungsurlaubs entfällt Auszahlung des GE. Schlimmstenfalls hat jemand ein paar Monate zu lange GE empfangen. Das ist verkraftbar und ändert nichts am Prinzip.

– evtl. in der Vorrentenzeit. Kriterium: Geburtsjahr. Nachweis: Personalausweis, wo Geburtsjahr eingetragen ist.

Unter diesen Voraussetzungen werden auch die Jobbenden das Verständnis aufbringen, Steuern und Sozialbeiträge für die GE-Empfangenden solidarisch zu tragen. Man muß aber das GE auch unterm Gesichtspunkt der Klassenlage und ihrer Entwicklung sowie unterm Gesichtspunkt der Menschlichkeit sehen.

Mit Blick auf bedingungsloses GE befürchte ich:

– Vertiefung der schon bestehenden Spaltung in Erwerbslose und Jobbende.

– Wandlung der Perspektiven auf Überwindung des fürchterlichen kapitalistischen Systems in individuelle Sackgassen: Wer will, steigt aus, ohne wirklich ausgestiegen zu sein. Wer nicht will, bleibt auf andere Art gefangen. Das kapitalistische System ist doch nicht allein auf finanziell wirksame Ausbeutung fixiert, sondern auf Umwandlung aller Menschen in zufriedene Untertanen, in Ameisen und potentielle Killer.

– Daß einige Bürger das GE nutzen werden als Chance für gemeinnützige Arbeit glaube ich schon. Aber ich glaube auch, daß das GE von vielen genutzt wird, um sich in der Zone lebenslang festzusetzen, in der sie die Erwerbslosigkeit zeitweilig verankert hat, mit allen Gefahren des Verlustes ihrer Sozialisierung auf Lebenszeit. Insofern verstößt GE gegen die Würde des Menschen (Artikel 1 GG). Stattdessen sollte man Erwerbslose beruflich fördern mit allen Konsequenzen, die das auch für deren Allgemeinbildung und Sozialisierung hat. Dann ergeben sich auch Anregungen für die Nutzung von Freizeit, die durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung gewonnen wird. Man sollte niemanden verleiten, auf diese Chance zu verzichten. Das würde dem Solidar-Gebot widersprechen. Man sollte niemanden verleiten, in der Falle zu verbleiben, in die ihn das unmenschliche kapitalistische System geworfen

hat, als es ihm den Arbeitsplatz raubte – die Falle, in der er zu verdämmern droht.

– Man sollte das Recht auf Arbeit erkämpfen und niemanden dazu verleiten, es nicht wahrzunehmen. Dann gewinnen die Arbeitsfähigen Selbstvertrauen, auch um Frieden zu kämpfen und den Konzernen Spielräume abzurufen.

– Die meisten, die sich auf bGE einlassen, werden sich aus der Gesellschaft für immer verabschieden. Gift wäre bGE für junge Leute. Es gilt vielmehr, mit jungen Menschen gemeinsam Perspektiven zu erkämpfen.

– Arbeit ist nicht nur Mühe, sie kann auch Freude über Entstehendes und über die Ausübung menschlicher Fähigkeiten hervorbringen. Arbeitszeitverkürzung kann Mühe und Freude in ein besseres Verhältnis bringen.

– Eine neue Gesellschaft kann mit bGE nicht entstehen: Die alte Gesellschaft wird reproduziert. Positiv ist nur der Wegfall von Angst vor Arbeitslosigkeit, aber dieser Wegfall sollte besser durch Arbeitszeitverkürzung herbeigeführt werden. Dadurch würden Arbeitsplätze für alle entstehen. Und alle (!) Menschen würden allmählich lernen, mit ihrer Freizeit sinnvoll und solidarisch umzugehen. Sie würden lernen, ihre angeborenen Fähigkeiten voll zu entwickeln. Verkürzung der Arbeitszeit schließt auch ein die Anerkennung der Arbeit in der Familie, und zwar für Frau und Mann gleichermaßen.

Anteil der Arbeit an Menschwerdung und Menschsein

Arbeit verhalf zur Entstehung und Entwicklung des Menschen. Arbeit ist selbst unter kapitalistischen Verhältnissen nicht nur Sache der Ausbeutung. Auf Arbeit beruhen unsere Kultur und unsre Entwicklung als Menschengattung. Was wir sind, sind wir nicht als vereinzelte Individuen geworden, sondern als menschliche Gattung (Karl Marx). Deshalb kann man auf Arbeit nicht von heute auf morgen und niemals vollständig verzichten. Die sich als Linke sehen wollen, sollten bei Karl Marx und Friedrich Engels nachlesen.

Während der schrittweisen Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit kann die Gesellschaft schrittweise die Voraussetzungen schaffen, um die wachsende Freizeit zur Ausbildung der menschlichen Persönlichkeit, zur vollen Entfaltung der angeborenen Fähigkeiten, zum Abbau von Einseitigkeiten aus der historisch entstandenen Arbeitsteilung und zur Solidarisierung der Individuen mit der menschlichen Gattung (der Gesellschaft) nutzen zu können. Das würde die von Marx angestrebte Aufhebung der Entfremdung sein, ohne die auch die Ausbeutung nicht überwunden werden kann.

Daß Wille zur Entwicklung der Persönlichkeit aller in der Deutschen Demokratischen Republik viel Interessantes hervorgebracht hat, kann man sehr wohl sagen. Der Wille re-

sultierte aus Traditionen der Arbeiterbewegung, wies aber weit darüber hinaus. Leider wurde das nur von wenigen verstanden. Als es Ulbricht zu verstehen begann, wurde er von Honecker abserviert; Beginn 1957. (Darüber habe ich berichtet in »Marx und Moritz – Unbekannter Marx – Quer zum Ismus« sowie in weiteren Texten – siehe www.thiel-dialektik.de. Die PDS hat sich dem Problem leider nicht gestellt. Daher auch die Anfälligkeit der PDS für neoliberalistische Tendenzen und Hang zur Reduzierung von Demokratie auf Parlamentssitze.)

Menschenwürde und ihre Ausprägung im Leben

Daß die Würde des Menschen spätestens mit der Geburt beginnt, ist klar. Jeder hat das Recht auf Leben lebenslang. Aber »Würde« geht über diesen abstrakten Grundsatz weit hinaus. »Würde« ist konkret, denn der Mensch bleibt nicht ewig Baby. Die Würde wandelt sich. Was kommt nach der Baby-Zeit? Soll Würde beim Baby-Stand stehen bleiben? Einmal Windeln – immer Windeln? Einmal Lutscher, immer Lutscher? Wie lange hängt man an der Mutter Brust? Die Würde nimmt im Laufe des Lebens einer Person (Ontogenese) neue Gestalten an. Das feiern wir zurecht: Den Schulanfang, den Übergang ins Erwachsensein, den Berufsabschluß, den Eintritt in den Familienstand, die Geburt der Kinder und Enkel, die Würde des Alters. Man sollte sich »Die Kinder von Golzow« ansehen (Filmdokumentation vierzig Jahre lang. Auch in jüngster Zeit mehrmals gesendet von RBB). Die Kinder von Golzow im Oderbruch waren nicht nur niedrig. Ich habe sie nie nur als Kleinkinder gesehen, sondern auch in der Rolle des potentiell entwickelten Menschen, nicht nur mit Puppen spielend – oder hat das jemanden nicht angerührt zu sehen, wie Ilona mit ihren jüngeren Geschwistern Schule gespielt hat?

Soll ich meine Enkel auf das GE orientieren? Oder aber auf ein solidarisches, interessantes, erfülltes, kreatives Leben? Die Würde des Menschen entsteht mit der Geburt. Doch sie bleibt dabei nicht stehen. Sie schließt ein das Recht auf Bewahrung kindlicher Neugier durch die Eltern, das auf die Zukunft und auf die ganze Welt gerichtet ist. Sie schließt ein das Recht auf Bildung, Ausbildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Familie und auf das Recht, für seine Kinder selber zu sorgen und seinen Kindern etwas mitzugeben. Sie schließt das Recht ein, darauf auch Stolz empfinden zu können.

Die Linken sollten sich nicht darauf beschränken, die Leiden der Erwerbslosigkeit ein wenig erträglicher zu machen. Sie sollten auch den Begriff der Armut nicht aufs Finanzielle begrenzen. Hartz IV ist noch viel schlimmer als Mangel an Geld.

Ausbeutung ist nicht nur unmittelbare Mehrwertaneignung im Unternehmen. (Marx hat nicht nur einen Band *Kapital* geschrieben, sondern drei, und noch viel mehr. Und die Mehrwertaneignung selber erfolgt heute vor allem über das Politik-gesteuerte Steuersystem zugunsten der Konzerne und Groß-Manager.) Ausbeutung ist vor allem Verfügungs-Gewalt über Produktionsmittel und über die Schulen. Verfügung über die Staatsgewalt. Verfügung über Waffen. Trennung von Individuum und Gesellschaft (*Entfremdung*), Verfügung über Medien zur Klassen-Spaltung.

Frauen-Emanzipation und Gleichstellung der Geschlechter

Beim gegenwärtigen Stand der Geschlechter-Emanzipation ist zu beachten: Zur Zeit sind Frauen in aller Regel benachteiligt. Daß Frauen Kinder gebären und ihnen die Brust geben, ist wunderbar. In dieser Periode wird sich eine Frau nicht so auf Karriere konzentrieren. Aber die Frau leistet in dieser Zeit etwas, was ein Mann nicht leisten kann. Das ist unterm Logo »Würde der Frau« abzuhandeln. Doch dazu gehört, daß Frauen in die Lage kommen, beruflich tätig zu sein und sich weiterzubilden. Bei einer bGE, würde der Mann als zumeist Besserverdienender permanent beruflich arbeiten, und die Frau als Geringerverdienende würde – zumeist – nicht nur kurze Zeit zu Hause bleiben. Sie würde – wegen des besserverdienenden Partners – an voller Emanzipation gehindert. Daran ändert das GE überhaupt nichts. Frauen würden Fähigkeiten verlieren, die sie sich als Jugendliche erworben haben. Gleichstellung und Geschlechter-Emanzipationen wären zurückgeworfen.

Deshalb wäre nicht bGE, sondern **allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit** das Medium, um Frau und Mann gleichermaßen (!!!) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewähren. Für die Mehrheit der Frauen würde bGE als Herdprämie wirken. Dagegen würde Allgemeine Arbeitszeitverkürzung die Vereinigung der Rollen in Familie und Beruf für beide Geschlechter erleichtern und anregen. Der Mann würde endlich angeregt, seine Rolle als Vater der Kinder wahrzunehmen, und die Frau würde darin unterstützt, nicht ständig auf Haus und Herd verwiesen zu sein. Sie wird den Kindern mehr geben können, wenn sie nicht für viele Jahre aus dem Berufsleben ausscheidet.

Recht auf Faulheit kann es nicht geben. Schon gar nicht lebenslang. Faulheit zum Recht zu erheben hieße, Solidarität und Menschenwürde zu verhöhnen. Immer dann, wenn dem Berufstätigen die Arbeit nicht nur Freude, sondern auch Mühe ist, wird er diejenigen verfluchen, die sich der Mühe entziehen. Im Rahmen der klassischen Klassenspaltung würde eine weitere Klassenspaltung entstehen: Faulheitler und Arbeitsbereite. Das würde die klassische Klassenspaltung zementieren. Vorbei wäre es mit Aussicht auf eine andere, auf eine solidarische Welt. Wollen wir das?

Ein bedeutungsvoller Rückblick

AG Senioren der Eberswalder feierten 15jähriges Bestehen

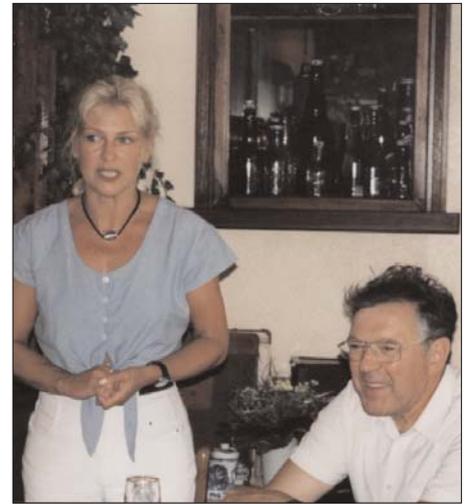
Voller Freude und Stolz schauten Gäste, Sympathisanten, Freunde und die Gründer der AG Senioren bei der Linken Eberswalde auf die vergangenen 15 Jahre ihres Bestehens zurück. Erinnerungen und Erlebnisse waren der Gegenstand vieler Gespräche. Weißt du noch – so begannen die Erinnerungen, die durch ein stimmungsvolles, wunderbares Konzert des Brandenburgischen Konzertorchesters Eberswalde unterbrochen wurden.

Als die den Anlaß würdigenden Musikstücke verklungen waren, ließ Günter Hof von der AG Senioren die 15jährige Entwicklung Revue passieren. Am 7. Dezember 1992 war es, als auf Empfehlung von Heinz Adolf vom Seniorenbeirat beim Landesverband der PDS, dieses wichtige politische Gremium beim damaligen Kreisvorstand Eberswalde gegründet wurde. Dank der unermüdlichen politischen Kleinarbeit von den Gründungsmitgliedern Manfred Werner, Günter Hildebrand, Else Tiet, Käte Dahler, Karl-Heinz Kuntzsch, wurde die AG zu einem Teil der politischen Kultur der Stadt und ein Bindeglied zwischen Freunden, Sympathisanten und den Mitgliedern der PDS.

Rückblickend erinnerte der Redner an die Situation von 1989. Wir mußten nach der »Wende« Hilfslosigkeit gegenüber den neuen Zuständen, das Bangen um die Zukunft, den Erhalt unserer sozialen Weltanschauung, die fehlenden Mechanismen für die Hilfe und Unterstützung der sozial Benachteiligten und für viele Senioren feststellen. Nur so war es zu verstehen, daß die Arbeit der AG angenommen wurde, weitere Mitglieder aktiv wurden.

Dem kranken Vorsitzenden, Manfred Werner, wurde mit einer eigens angefertigten Ehrenurkunde für seine Arbeit gedankt. Die Geschlossenheit der einhelligen Meinung aller Anwesenden spiegelte sich in den gemeinsamen, schriftlichen Wünschen zur baldigen Genesung wieder.

Viele Hinweise, Kritiken, Meinungen zur Verbesserung der Arbeit der AG kamen auf diese zu, so der Redner. Die AG wurde erweitert, Gisela Albrecht, Brigitte Weber, Erika Gründer, Günter Blumensath, Günter Hof wurden gewonnen. In den letzten Jahren wurden Gundolf Lohmann und Karl Diedrich in das Wirken der AG einbezogen, so wie Lisa Hildebrandt – die Erbseneintopfköchin vom Beginn in der Med.-Schule, mit der Gulasch-



Der Vorsitzende der AG Senioren bei der Linken Eberswalde Manfred Werner bei einer Veranstaltung der AG Senioren am 21. August 1997 in der Bierakademie mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann.

kanone. Das sich ständig erweiternde Programm politischer, kultureller und bildungsmäßiger Veranstaltungen wurde von vielen angenommen. Es brachte neue Erkenntnisse über Politik, Soziales, Verständnis für den Nachbarn, und für den Blick über die Oder nach Polen. Für viele ist die AG zu einer politischen Heimat, einem Zentrum des Austausches, der Information, der persönlichen Einflußnahme geworden. Das drückt die Qualität der Arbeit aus, welche auch von uns in der Zukunft erwartet wird: Meinungsvielfalt, Pluralismus, Meinungsstreit und das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus; die Erreichung einer besseren sozialeren Gerechtigkeit im Land; weitere Gespräche mit dem Bürgermeister, Beigeordneten, Stadtverordneten; die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Stadt seniorenbeirat mit weiteren Beiträgen.

Zustimmung fanden die neuen Zielsetzungen für das Jahr 2008. Für die Unterstützung der Seniorenarbeit sprach der Redner dem Kollektiv der »Bierakademie« seinen Dank aus: »Liebe Freunde, wir kommen auch 2008 wieder dankbar auf Euch zu«.

Eine Würdigung fand der Zusammenschluß der PDS und der WASG im Barnim. Ansporn, künftig noch mehr auf eine effektive und zielgerichtete politische Arbeit in der Seniorenarbeit wertzulegen. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten und die Potenzen der Gemeinschaftsarbeit mit unserem polnischen Partner in Barlinek zu nutzen. Auch im neuen Jahr sind schon neue Projekte in Vorbereitung. Günter Hof dankte allen, die sich in den vergangenen 15 Jahren engagierten und äußerte die Erwartung, daß die AG Senioren auch künftig ihren Platz haben wird.

Themen der AG Senioren:

Februar: »Linksgerichtete Regierungen in Südamerika« oder »Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Mittleren und Nahen Osten«
März: Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

April: Dagmar Enkelmann in Eberswalde, Thema: Seniorenpolitik der LINKEN

Mai: Fahrt in den Frühling.

Juni: Vorbereitung der Kommunalwahlen

Der erste Monat im neuen Jahr hielt so einige Überraschungen für uns Au pairs bereit. Wir freuten uns riesig, als wir uns nach Weihnachten und Neujahr alle in vertrauter Runde wiedertrafen. Doch die Freude trübte sich bald. Denn vier meiner Freundinnen gehen zurück nach Deutschland bzw. nach Thailand. Eine sehr gute Freundin wurde schon am 1. Februar von ihrem Freund abgeholt. Sie traf ihre Entscheidung, als Au pair aufzuhören, da sie einfach keinen Sinn mehr in ihrer Arbeit sah. Unsere einzige schwedische Freundin, Frida, geht Mitte Februar für drei Monate nach Thailand. Ein weiteres Au pair, das ich aus dem Sprachkurs kenne, hat es nun ganze 6 Monate bei ihrer wirklich schrecklichen Familie ausgehalten. Sie geht im März zurück nach Deutschland. Eine weitere Freundin, die schon einmal die Familie gewechselt hatte, wurde auch mit ihrer zweiten Familie nicht glücklich und geht ebenfalls im März. Für uns, die hier bleiben, ein großer Verlust. Man wird sich bewußt, daß das Jahr bald zu Ende geht, daß man noch eine ganze Menge sehen will und daß alle mal gehen müssen (denn ein zweites Jahr als Au pair hält man nicht aus).

Freunde ersetzen hier die Familie. So eine Trennung ist umso schmerzlicher. All die Pläne die wir für den Sommer geschmiedet hatten, fallen jetzt ins Wasser. Unsere Geburtstage, wir sind vier, die im Februar Geburtstag haben, wollten wir eigentlich zusammen feiern, aber daraus wird nun auch nichts mehr.

Es ist erst Halbzeit, aber es herrscht eine allgemeine Aufbruchsstimmung und das ist wirklich nicht so angenehm für die, die bis zum Sommer bleiben. Der Mehrheit von uns ist die stupide Arbeit als Au pair über. Ständig drehen sich unsere Gedanken nur darum, welches Essen man kochen soll und was man dazu einkaufen muß oder schaffe ich es noch das Haus sauber zu machen und die Wäsche zu waschen, bevor ich die Kinder abhole.

Der Besuch eines Schwedischkurses ist die einzige Rettung um aus diesem Denken auszuweichen. Einfach »rauszukommen«, in die Stadt zu fahren, erleichtert einen total und sorgt für gute Laune. Ich belege jetzt meinen dritten Schwedischkurs und bin froh, endlich wieder andere Aufgaben als nur den Haushalt und die Kinder zu haben. Ich habe schon viel dazu gelernt, was den Haushalt angeht. Ich kann mich

Ein Jahr in Schweden: Sechster Monat – Januar

Aufbruchsstimmung

Seit einem halben Jahr arbeitet Marie Lange als Au Pair in einer schwedischen Familie und berichtet regelmäßig in der »Barnimer Bürgerpost« über ihre Erfahrungen. Es ist Halbzeit und die weihnachtliche Hochstimmung wick ambivalenten Gefühlen.

um die Wäsche kümmern und ich kann auch schon ganz tolle Rezepte kochen.

Die Hochstimmung, die wir noch an Silvester hatten, ist verfliegen. So plante ich, mit Freunden hier in Stockholm in eine Wohnung zu ziehen und dann hier mit dem Studium anzufangen (dafür müßte ich dann vorher allerdings ein Jahr die schwedische Sprache studieren). Zu meiner Enttäuschung mußte ich feststellen, daß der Beruf, den ich hier gerne studiert hätte, in Deutschland nicht anerkannt wird. Was meine gesamten Pläne, gleich hier in Schweden zu bleiben, über den Haufen warf.

Nun könnte ich natürlich in Deutschland studieren und dann versuchen, nach dem Studium zurückzukommen und hier in Schweden eine Anstellung zu bekommen. Das stelle ich mir allerdings noch viel schwerer vor, als wenn ich gleich hier studieren könnte. Denn wer weiß schon, was in vier oder fünf Jahren ist. Eine gute Freundin von mir sucht hier eine Anstellung als Erzieherin. Sie hat ihre Ausbildung in Deutschland gemacht und möchte nun gerne hier in Schweden arbeiten. Ich hoffe Sie schafft es. Für uns anderen heißt es, zurück nach Deutschland. Was natürlich auch seine Vorteile hat. Allerdings bin ich noch nicht so wirklich glücklich mit dem Gedanken, zurückzugehen, obwohl es der einfachere Weg ist.

Um noch mal richtig was zu erleben, haben wir mit unserer guten Freundin, die uns am 1. Februar verließ, noch einen Tagesausflug nach Oxlönsund gemacht. Dort waren wir in einem »Abenteuerhaus« namens Boda Borg.

Auf der Hinfahrt verfuhrten wir uns kurz und landeten dann irgendwo im Nirgendwo. Unser einziger Gedanke war nur, wie gut, daß wir hier nicht Au pair geworden sind. In Boda Borg angekommen, wurden wir sehr nett vom Eigentümer empfangen. Er bat uns, den Einführungsfilm auf Deutsch anzusehen und zu sagen, was daran falsch ist, da die Deutschen Urlauber immer zu lachen anfangen. Wir fanden drei Aussprachefehler und für diese kleine Hilfe lud er



»Abenteurer« in Boda Borg.

uns dann zum kostenlosen Tacoessen, mit Nachtisch (Eis) und Getränken ein. Normalerweise hätten wir fürs Bufett acht Euro bezahlen müssen und gerade als Au pair ist man immer glücklich, wenn man sparen kann.

Boda Borg ist ein Haus, das aus mehreren Räumen besteht. Immer drei bis vier Räume sind verbunden und bilden eine Bahn, die man durchspielen muß. Man muß alle drei Räume entweder durch logisches Denken, oder sportliche Betätigung durchqueren und bekommt dann einen Stempel im dritten Raum, der einem das Bestehen des Parcours bestätigt. Ohne Teamarbeit kann man die Aufgaben in den Räumen nicht lösen. In jedem Raum erhält man eine neue Aufgabe, die es zu erkennen und zu lösen gilt, um in den nächsten Raum zu kommen. In manchen Räumen kann man nur an der Wand lang klettern und darf nicht den Boden berühren, oder man muß balancieren, Schach spielen, sich Kombinationen merken, auf dem Boden lang kriechen, nur bestimmte Felder berühren usw. Es hat uns allen super viel Spaß gemacht und wir wollen da sehr gerne noch einmal hin.

Im nächsten Monat habe ich Geburtstag und ich habe ein große Überraschung geplant.

Hejda Marie

Befindlichkeiten IV

Eberswalde (prest-ew). Der Eisenhüttenstädter Künstler Matthias Steier, zeigte seit 1990 in einem Fünfjahresrhythmus seine »Befindlichkeiten« in der Kleinen Galerie. Durch eine Verzögerung können wir jetzt eine größere Produktion seiner Bilder aus den letzten acht Jahren besichtigen. Mit der »Apfelphase« begann Matthias Steier bildkünstlerisch seine Reise rund um die Welt. »Mädchen mit Stier« sind Einflüsse aus Spanien, dann geht es weiter nach Italien und bis nach Südamerika, Patagonien... Die Ausstellung wird bis zum 23. April gezeigt.

Sportfreunde Stiller in Finowfurt

Finowfurt (bbp). Am 28. März kommt die Münchner Popgruppe »Sportfreunde Stiller« nach Finowfurt. Wie die Antonio-Amadeu-Stiftung in ihrem Januar-Newsletter mitteilt, werden die Sportfreunde ihr aktuelles Lied »Altnazibund« präsentieren. Sie wollen damit Schülerinnen und Schülern unterstützen, die in Finowfurt gegen Rechtsextremismus aktiv sind. Auf der von den Sportfreunden eingerichteten Internetseite www.antinazibund.de heißt es dazu: »Regelmäßig finden in der schönen Schorfheide auf dem Grundstück des DVU-Landesvorstandes

Klaus Mann Neonazikonzerte und Sommerfeste statt. Häufig muß die Polizei die Konzerte wegen verfassungsfeindlicher Parolen auflösen. Nicht zufällig finden im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang rechte Schmierereien und Straftaten statt. Die Konzerte sind der Ort, wo sich DVU, rechte Kameradschaften und die NPD zusammen finden.« Zur Kommunalwahl 2008 wolle die NPD in Brandenburg flächendeckend antreten, auch in der Schorfheide. »Aktive Schülerinnen und Schüler wehren sich und brauchen Unterstützung.«

Die Quadratur des Kreises

Wir setzen heute unsere Beitragsserie zum Jahr der Mathematik fort mit einem bereits gelösten Problem, dessen Lösung jedoch bei den meisten unbekannt ist.

Die Quadratur des Kreises ist ein Problem mit dem sich schon die Griechen beschäftigten. Es ist dabei gefordert, eine Konstruktion mit Zirkel und Lineal anzugeben, die einen vorgegebenen Kreis in ein flächengleiches Quadrat umwandelt. Jahrhunderte konnte man keine solche Konstruktion angeben, bis im Jahr 1880 der Deutsche Mathematiker Ferdinand Lindemann nachwies, daß die Zahl Pi eine nichtalgebraische Zahl ist, und folglich das o.g. Problem unlösbar ist. Der Flächeninhalt des Quadrates müsste Pi sein, und der Umfang müßte die Quadratwurzel aus Pi sein. Wenn man von einer Strecke der Länge (Radius) 1 ausgeht, so hat Lindemann nachgewiesen, daß dann nur mit Zirkel und Lineal keine Strecke mit der Länge Pi konstruiert werden kann.

Nun kann man das Problem etwas abwandeln und fragen, ist es möglich, das Innere eines Kreises in endlich viele Teile zu zerlegen und sie durch Isometrien so wieder zusammzusetzen, daß ein flächengleiches Quadrat entsteht. Eine Isometrie ist eine Abbildung eines Objektes, bei der die Form des Objektes und der Abstand zweier Punkte, die zu dem Objekt gehören, erhalten bleiben. Es gibt also keine Dehnung, Stauchung oder andere Deformation.

Bezogen auf das Zerlegen eines Kreises erfolgte im Jahre 1963 der Nachweis, daß es nicht möglich ist, wenn eine Zerlegung des Kreises mit einer Schere erfolgt, um daraus das Quadrat zusammzusetzen.

Trotz dieses entmutigenden Ergebnisses gelang dem ungarischen Mathematiker Miklos Laczkovich im Jahre 1990 der Nachweis der Kreisquadratur. Er benutzte eine andere Technik und verwendete nur Verschiebungen. Explizit konnte er die Teile der Zerlegung nicht angeben. Zur Demonstration werden hier einige Gedanken zusammengestellt, die dabei benutzt wurden.

Wir betrachten zwei Punktmengen $\{1,2,3,\dots\}$ und $\{1,2,3\}$ vereinigt mit $\{5,6,7,\dots\}$. Beide Mengen kann man sich als Punkte auf dem Zahlenstrahl der natürlichen Zahlen vorstellen. Bei der zweiten Menge ist jedoch ein Loch bei der Zahl 4 vorhanden. Beide Mengen sind nicht kongruent, aber zerlegungsgleich. Man kann die Menge $\{5,6,7,\dots\}$ um eine Einheit nach links auf dem Zahlenstrahl verschieben (das ist eine Isometrie), um das Loch bei der 4 zu stopfen. So ergibt sich die Menge

$\{1,2,3,\dots\}$. Wir können auch die Menge $\{4,5,6,\dots\}$ um eine Einheit nach rechts verschieben, und erhalten dann $\{5,6,7,\dots\}$. Wir haben dabei einen Punkt ins Unendliche verschoben.

Nun machen wir das Gleiche auf der Peripherie eines Kreises. Wir markieren einen Punkt auf der Kreislinie und bezeichnen ihn mit 1, wählen einen zweiten im entgegengesetzten Uhrzeigersinn und bezeichnen ihn mit 2, einen dritten usw. Die Menge dieser Punkte sei die Menge $A = \{1,2,3,4,\dots\}$. Die Menge B sei die Menge aller Punkte auf der Kreisperipherie ohne die Menge A. Folglich ist die Peripherie des Kreises die Vereinigung von A und B. Verschiebt man nun den Punkt 1 nach 2, 2 nach 3, 3 nach.... usw., dann ändert sich an der Kreislinie nichts, nur ein Punkt nämlich 1 bleibt frei, ähnlich der 4 auf dem Zahlenstrahl. Es entsteht ein Loch. Gleiche Überlegungen können wir auch so gestalten, daß ein Streckenabschnitt im Kreis (ein Radius) fehlt.

Stellen wir uns jetzt ein Quadrat vor, welches wir an der Diagonalen aufschneiden, dabei sollen alle Punkte der Diagonalen auf der obere Dreieckshälfte liegen. Der unteren Dreieckshälfte fehlen die Punkte. Aus beiden Dreiecken setzen wir ein Dreieck zusammen. Hier haben wir dann eine Dreieckseite ohne Rand aber an der Stelle, wo wir beide Dreiecke zusammengesetzt haben, ist diese Strecke zweimal vorhanden. Trotzdem ist es möglich dieses Problem zu beheben. Das ursprüngliche Quadrat und das Dreieck sind zerlegungsgleich. Es ist wie beim Kreis, bei dem der eine Radius fehlt. Man kann sich jetzt erahnen, das man durch das Verschieben von Punkten ins Unendliche den Kreis und das Quadrat irgendwie isometrisch aufeinander abbilden kann.

In diese Richtung verliefen die Gedanken von Laczkovich, nur schaffte er es mit einer endlichen Zerlegung. Er schätzte das diese Zerlegung aus 10^{50} Teile bestehen werde, eine unvorstellbar große Zahl. Grob abgeschätzt werden 10^{30} Moleküle die Seite bilden, auf der dieser Beitrag abgedruckt ist. Über die Form oder das Aussehen der Zerlegung konnte Laczkovich keine Auskunft geben.

Man darf die Frage stellen, sind in solchen Bereichen noch unsere Vorstellungen von Maß, Abstand und Umgebung gültig?

Dr. ULRICH POFAHL

Vor 65 Jahren:

Morgenröte der Befreiung

Nach dem Fall von Stalingrad am 2. Februar 1943 atmeten die unterdrückten Völker Europas auf. Sie sahen in diesem sowjetischen Sieg die Morgenröte ihrer Befreiung. Auch in Deutschland glaubten viele Menschen daran. Immer schneller wurden die Eindringlinge vom Sowjetboden hinweggefegt. Zwei Jahre und drei Monate nach Stalingrad war der Krieg vorbei. Auf Plakaten lasen die Menschen Aufrufe für das neue Leben. Sie begriffen: kein Tod mehr, sondern Leben. Der Kern all dessen waren Stalins Worte: »Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleiben bestehen«.

Für die meisten waren diese Worte der Beginn eines neuen Lebens. Sie waren wie eine neue Sonne, die vom Himmel auf die gemarterte Erde herabschien. Das neue Leben begann mit 400 Gramm Markenbrot für jeden. Dieses Brot war für eine Woche gedacht, denn die große Stadtmühle war ausgebrannt und es war schwer, Mehl zu beschaffen. Die russische Kommandantur besorgte es. So gab es in jeder Woche diese Brotration, die so nach und nach bis zu einem Brot von 1.500 Gramm erhöht wurde. Auf den Feldern wurden Ähren gesammelt und Kartoffeln gestoppelt. Manchmal waren die Wege weit, aber meistens hatte es sich gelohnt. Auf dem Bahngelände waren es die russischen Militärszüge und die Kohlenwaggons, die für Brot und Heizung sorgten. Überhaupt waren die russischen Soldaten und Frauen wunderbar. Wir spürten jedesmal ihre herzensgute Seele.

So setzte sich die Morgenröte der Befreiung immer spürbarer fort und es entstand ein immer herzlicheres Verhältnis zwischen den deutschen und den sowjetischen Menschen.

Später, als die deutsche Wiedervereinigung erfolgte und die russischen Truppen aus Deutschland abgezogen wurden, fiel mancherorts der Abschied sehr schwer. Mögen daher die persönliche Erlebnisse immer in unseren Herzen lebendig bleiben, denn sie hatten ihre Wurzeln in jener Morgenröte unserer Befreiung vom faschistischen Joch.

KURT GEMPIN

Besuch aus Delmenhorst

Nach dem Besuch des Jugendrates aus der Eberswalder Partnerstadt Herlev (Dänemark) im August 2007, folgt nun der zweite Besuch eines Jugendgremiums. Diesmal empfängt das Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde vom 8.-10. Februar Jugendliche aus Delmenhorst. Zum Programm gehört die Besichtigung der Stadt und ihrer Sehenswürdigkeiten, sowie eine Gesprächsrunde beider Kinder- und Jugendparlamente zu den einzelnen jugendpolitischen Problemen in beiden Städten und den jeweiligen Arbeitsweisen. Vorgesehen ist auch ein Empfang mit dem Bürgermeister.

MARTIN HOECK, KJP-Vorsitzender

Freie Oberschule Finow

Ab dem 12. Februar können interessierte Schülerinnen, Schüler und Eltern genauer herausfinden, ob die Freie Oberschule Finow etwas für sie ist. Jeweils dienstags um 17 Uhr stehen Vertreter des Trägervereins in der künftigen Schule in der Biesenthaler Straße Rede und Antwort. Wer der Freien Oberschule mit Hilfe, Rat und Tat zur Seite stehen möchte, ist ebenfalls herzlich willkommen.

Ab August 2008 für Schüler/innen: Ganztagschule, berufsorientiert, individuelle Förderung

Biesenthaler Straße 14-15, 16227 Eberswalde, Kontakt: Hartwin Schulz, Tel: 03334/383930

Spendenaufruf für Asia-Imbiß

Hilfe für Opfer des rechtsextremen Brandanschlags in Eberswalde

Am 28. September 2007 setzte eine Gruppe von sechs rechtsextremen jungen Menschen aus Eberswalde und dem Barnim den Asia-Imbiß von Herrn Thanh im Eberswalder Leibnizviertel in Brand. Der Innenraum des Containers wurde komplett zerstört. Die Täter konnten im November von der Polizei gefaßt werden. Ihnen wird über den Brandanschlag hinaus vorgeworfen, Hakenkreuze in der Stadt geschmiert und Rudolf-Heß-Aufkleber plakatiert zu haben. Dabei war die Gruppe mit Schlagringen und Teleskopschlagstöcken bewaffnet.

Die Gebäudeversicherung des Vermieters von Herrn Thanh haftet zwar für die Schäden, die am Container entstanden sind, kommt aber für die Ausstattung nicht auf. Herr Thanh hat für den Fall einer Brandstiftung keine Versicherung. Die Kosten für die Wiederbeschaffung des Inventars belaufen sich auf 6.500 Euro. Die Existenz der Familie Thanh ist äußerst gefährdet, denn zu dem Schaden kommt der Einkommensausfall seit Ende September. Die Familie erhält keine staatliche Unterstützung zum Lebensunterhalt!

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir den Rechtsextremen zeigen, daß ihre Taktik des Vertreibens keinen Erfolg hat. Die Barnimer Jugendinitiative »Light me Amadeu« hat bereits

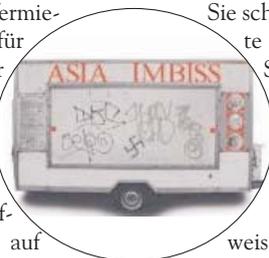
ein gerade erst erhaltenes Preisgeld von 1.000 Euro gespendet. Auch der Opferfonds Cura (www.opferfonds-cura.de) und die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (www.opferperspektive.de) konnten je 1.000 Euro an Soforthilfe zur Verfügung stellen.

Auch die Bürgerstiftung Barnim Uckermark unterstützt die Hilfsaktion für die Familie Thanh und bittet um Spenden. Herr Thanh möchte seinen Imbiß so bald wie möglich wiedereröffnen. Dafür brauchen wir Ihre Mithilfe.

Ihre Spende für die Familie Thanh können Sie schnell und direkt über diese Webseite tätigen. Hierfür steht Ihnen unser SSL-gesichertes Online-Spendenformular zur Verfügung. Bitte wählen Sie in der Rubrik »Spendenzweck« die Formulierung »Flüchtlingsfonds« aus.

Für Ihre Spende per Banküberweisung nutzen Sie bitte das folgende Konto der Bürgerstiftung: Bürgerstiftung Barnim Uckermark, Konto 300 000 1050, Sparkasse Barnim, BLZ 170 520 00. Bitte notieren Sie das Kennwort »Asia-Imbiß«. Die Angabe Ihrer Anschrift ermöglicht uns eine schnelle Zusendung der Zuwendungsbestätigung (Spendenquittung).

ANDRÉ KOCH,
Bürgerstiftung Barnim Uckermark



Baumschutzstammtisch

Bernau (bbp). Der Barnimer Baumschutzstammtisch trifft sich am 19. Februar um 19 Uhr in der Bernauer Gaststätte »Zum Leiterwagen« (An der Stadtmauer 15, nahe Goethestr., Fußweg von der Bahn ca. fünf Minuten). Spannende Themen stehen zur Diskussion. Hauptpunkt wird die terminliche Abstimmung zur Verleihung der »Goldenen Kettensäge« an den Vizelandrat Bockhardt sein. Desweiteren werden die Alleenschutzgemeinschaft, die Ahrensfelder Ortsumgehungsproblematik, der Panktaler Bestandsschutz und das Alleinkonzept 21 eine Rolle in der Diskussion spielen. Um rege Teilnahme wird gebeten.

Grundschule unterstützt

Tantow (bbu). Kurz vor Jahresende hat das »Stifterprojekt 2007« als gemeinschaftliche Spendenaktion der Stifterinnen und Stifter der Bürgerstiftung Barnim Uckermark ihren Abschluß gefunden. Am 20. Dezember 2007 konnte der Stiftungsvorstand eine Spende in Höhe von 1.172 Euro an die Evangelische Salvetal-Grundschule in Tantow (Uckermark) überreichen. Die Stifterinnen und Stifter würdigen damit das mutige Handeln des Trägervereins, welcher der unglücklichen Politik der Schulschließungen im ländlichen Raum private Initiative und tatkräftiges Bürgerengagement entgegengesetzt hat. Die freie Ganztagsgrundschule hat ihren Schulbetrieb im August 2007 im ehemaligen Schulgebäude der Grundschule in Tantow aufgenommen und wird von der Gemeinde und vielen privaten Helfern und Sponsoren unterstützt.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:
2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Boda Borg, Dorn, Markmann (2), Schwarz, Triller (3)
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351
redaktionschluß: 2. Februar 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.
 Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.3.2008, 12 Uhr.